

Renate Straetling

*Social Overkill or CashApp? -
Für eine bessere Sozialpolitik!*

Gesammelte Thesen von 1.2010 bis 5.2011

Berlin (Mitte) 2.2012

epubli eBook

Renate Straetling

Feb 2012

Renate Straetling

Social Overkill or CashApp?- Für eine bessere Sozialpolitik!

-

published at epubli GmbH, Berlin, 2.2012

Renate Straetling

Feb 2012

Renate Straetling

Feb 2012

Renate Straetling

Social Overkill or CashApp? - Für eine bessere Sozialpolitik!

-

Gesammelte Wut von 1.2010 bis 5.2011

Impressum

Druck und Verlag: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

2012 Renate Straetling

Alle Rechte bei der Autorin

Dies ist die fast unveränderte Auflage desselben Titels von Ricarda Blackheart (Pseudonym), 6.2011

Die **Autorin** ist Mitte der 50er geboren und im Bundesland Hessen aufgewachsen, hat in den 70ern an der FU Berlin Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Soziologie studiert, also auch etliche Sommertage - die Wirtschaftspresse lesend - auf der WiWi- und Jur-Fak-Campus-Wiese zugebracht und Erfahrungen in etlichen Projekten der vergleichenden Sozialforschung mit Politikbezug erworben.

Schon immer parteilos, jedoch mit Sachverstand für sozioökonomische Zusammenhänge.

Renate Straetling

Feb 2012

Dies Büchlein ist gewidmet
allen jungen Menschen,
die sich **ihre Freiheit**
für ihre Gestaltung ihres gesunden, anständigen und
bürgerschaftlich engagierten Lebens
nicht nehmen lassen werden.

R., im Juni des Jahres 2011

Renate Straetling

Feb 2012

Renate Straetling

Social Overkill or CashApp?- Für eine bessere Sozialpolitik!

2.2012

Inhaltsverzeichnis

Vorwort, leitende Gedanken	6
Gebrauchsanweisung zum Lesen	9
Hauptteil: Die Comments und Notizen	10
Glossar	50
Links, Literatur, Lese-Tipps	54
Anhang (Auszüge aus dem SGB, Statistiken u.a.)	55

Renate Straetling

Feb 2012

**DEMOKRATIE ist ein Verfahren,
das garantiert, dass wir
nicht besser REGIERT werden,
als wir es VERDIENEN.**

George Bernhard Shaw
1856 -1950

**Die Lebensspanne
ist dieselbe -
ob man sie
lachend
oder weinend verbringt.**

Japanische Weisheit

Vorwort, leitende Gedanken

Social Overkill or CashApp? Diese durch Worte dargestellte plakative Gegenüberstellung erscheint mir als die drängendste Frage der Sozialpolitik in unserer heutigen Zeit!

Mehr als angespielt ist damit auf den weiten sozialpolitischen Spannungsbogen zwischen einerseits der praktizierten Politik des legal nach den Sozialgesetzen arme Menschen als bedürftige Leistungsberechtigte verachtenden, sanktionierenden Sozialwesens und andererseits demgegenüber der von vielen Menschen weltweit vertretenen Forderung nach dem bedingungslosen Zurverfügungstellen eines staatlichen dauerhaften Mindestgeldtransfers an jeden Bürger.

Seit vielen Jahren beobachtete ich – neben der umfangreichen und mittlerweile facettenreichen BGE-Debatte - als parteilose Bürgerin, wie wenig meine Interessen und meine Vorschläge irgendwo lokal, parteiprogrammatisch oder regierungspolitisch vertreten wurden, denn in mir schlummerten einige besondere konzeptionelle Ideen und damit eben auch konstruktive berufsfachlich begründete Kritikpunkte, die man auch in Berlin (Mitte), mitten im Clash zwischen Ost und West und damit im Clash zwischen Dogma und Pragmatismus (noch) nicht diskutieren konnte, leider! Leider!

In den vergangenen Jahren ging es fast nur noch um die Frage der Höhe des Regelsatzes von Alg II, das zum Beginn des Jahres 2005 im wiedervereinigten Deutschland zur Ablösung des alten Sozialgesetzbuches BSHG aus dem Jahre 1962 eingeführt worden war.

Meine konstruktive Kritik zielte jedoch mehr auf das innere Gerüst und die Stimmigkeit der grundlegenden Struktur und der Prinzipien des vorliegenden Sozialkodex, was nicht bedeutet, dass ich an alternativen Finanzierungsmodellen kein Interesse habe; im Gegenteil!

Ich selber war und bin sowohl als Insiderin durch grundlegende vergleichende

Renate Straetling

Feb 2012

sozialwissenschaftliche Studien als auch durch eigene Zeitarbeitsverträge, die seit langen Jahren schon in der Wissenschaftsbranche üblich sind, und die daher anstrengenden, vor- und nachbereitenden Zeiten zwischen den Verträgen, selber betroffen. Wie oft musste ich die eben erst verdienten Fachbücher zum Weitermachen im Beruf vor dem anschließenden nächsten Arbeitsvertrag gleich wieder vorab „aufessen“?

Mir fehlte bei der Flut der sehr berechtigten Forderungen nach einer Erhöhung des Alg II-Regelsatzes - einfach gesagt - auch die präzisere Sichtweise auf die – ich sage mal - Strukturierungen aller Art. Auf die innere Struktur und das Gestaltungsprinzip, das allen aus den Augen gewichen zu sein schien.

Meine schlimmste Vermutung war, dass das Subsidiaritätsprinzip für die Betroffenen selber schon lebenspraktisch durch alleine die Verwaltungspraktiken außer Betrieb gesetzt worden war. Nur noch die Kostenfrage wurde praktiziert, fern der Menschlichkeit eines 21. Jahrhunderts.

Man suchte nach neuen Indikatoren, nach neuen Steuerungsweisen und nach kostenfreien Regeln wie Gutscheine. Naturalien? Gutscheine? Niemand kam offenbar auf die Idee, dies nach den Regeln der Öffentlichen Güter zu bestimmen oder einmal zur Kontrollrechnung die Regeln der Haushaltsordnungsgesetze anzuwenden. Vielmehr ging es weiterhin nur um Kostenvermeidung und ums Sparen, zudem in traditionellen und unzureichenden Infrastrukturen. Letztendlich vielleicht nur Beschäftigungsmodelle für die Beraterschaften selber, da die Möglichkeiten zum Verschlimmbösen im bisherigen Gefüge der Sozialgesetze dauergarantiert zu sein scheinen.-

Dagegen bestimmten die Pressemeldungen der vergangenen zwei Jahre die noch mehr erschütternde Sorge, dass sanktionierte Arbeitslose auch weiter unter dem ohnehin zu knapp bemessenen Mindestniveau zusätzlich noch arbeiten gehen und auf die bisherigen kleinen Aufwandsentschädigungen, die erst das Existenzminimum sicherstellten, verzichten bzw. damit die Mindestbesmittlung selber bei schwerer körperlicher Vollzeitätigkeit auffüllen sollten. Wer ist so sehr übermenschlich gesund, um das durchzustehen?

Als ich zu Beginn des Jahres 2010 im Abstand von Wochen die Meldungen und Aktionsprogramme der lokalen Politiker, deren Kürzungskampagnen, in der Tagespresse vorfand, begann ich sehr, sehr sehr langsam nach- und mitzudenken: In der Ruhe liegt die Kraft!

Wenn, so wie man heute – Mitte 2011 - schätzt, im Jahre 2020 die Hälfte aller Deutschen über 50 Jahre alt sein werden, so müssen wir nach Jahrzehnten der Massenarbeitslosigkeit die Generation unserer Kinder davor schützen, jenseits der beruflichen Professionalität zu wirken und außerdem selbst ohne bescheidene Alterssicherung dazustehen und den Hausbestand in korrektem Zustand zu wahren. Das wissen wir alle.

Erschreckend dann aber der Blick über die Schulter in das Reich der real praktizierten Politik, wo sich die Sozialarbeitsmilieus neu formieren, um spitzenpolitisch relevant zu wirken. Der heutige historische Zusammenhang erbrachte dann für mich die tiefe Einsicht in die Kurzsichtigkeit und wirkliche Nachlässigkeit der aktuell dargebotenen Sozialpolitik, die mit dem Bundesratsbeschluss vom Februar 2011 nochmals verdeutlichte, wie wenig sich alle dieser teuer bezahlten Delegierten um das sorgfältige Nachrechnen des Allermindesten von Millionen Menschen in womöglich Jahrzehnte langer bis ins Grab angeordneter Armut scheren, und wie wenig hier jemals auch nur der Sachverstand von Beratern, Politikern und Beamten im Sachrechnen auf Grundschulbildungsniveau aufgewandelt wurde, was zum Erhellen manch weiterer volkswirtschaftlicher Engpässe ausreichend gewesen wäre. - Ich war Ende des Jahres 2010 entsetzter als ich zu befürchten gewagt hätte!

Obwohl einige meiner im Folgenden aufgeführten chronologischen Kommentare banal anmuten könnten, da bekannt oder ausdiskutiert, unmittelbar einsehbar oder direkt überzeugend, sind sie doch von einer Nachhaltigkeit getragen, die wir bei der verantwortungsvolleren Gestaltung der Sozialgesetze zukünftig im Sinne einer bottom-up-Strategie und von Wirkungsanalysen

Renate Straetling

Feb 2012

berücksichtigen sollten, was auch für viele politisch aktiv Tätige selbstverständlich zu sein scheint: Zur Sicherstellung der **L e b b a r k e i t** der Armut ohne Schädigung und Folgekosten, sofern der Staat weiterhin nur knappste Bemittelung für Arbeitslose anordnen wird.

Dennoch glaube ich, dass ich etliche Ideen und Anstöße zusammengetrage habe, die in der allgemeinen Debatte nicht bedacht wurden und die es dennoch wert sind, bei einer weiteren Reform der Sozialgesetze berücksichtigt zu werden, auch deshalb, weil auch ein BGE uns praktisch und konkret nicht der Hilfe zur Selbsthilfe entbinden werden kann.

Insofern ist es dringender denn je, eine soziale Sicherung korrekt aufzubauen, anstatt daraus weiterhin **eine Sanktion der Sanktion aufgrund von meiner Auffassung nach ethisch unbegründbaren Sanktionen** zu machen!

Berlin (Mitte), Anfang Februar 2012

Renate Straetling

Die gewisse Gebrauchsanleitung für das Lesen

Ohne übersteigerten Anspruch auf Vollständigkeit und auf Problemlösung habe ich als **parteiloser Mitmensch** die arbeitsmarktpolitischen Meldungen seit Ende 2009 kommentiert und hiermit dokumentiert, und mich selber über die Inhalte der Politik durch das Fortschreiten der Meldungen gewundert wie noch nie zuvor.-.

Mein Hauptaugenmerk lag und liegt dabei auf dem umfassenden Aspekt der (besseren) Lebbarkeit der Armut, wie diese nunmehr seit Anfang 2005 im Falle der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Hilfebedürftigkeit nach der großen Reform des SGB in der BRD angeordnet wird.

Vor dem Hintergrund meiner eigenen Erfahrungen, zwischen Zeitverträgen oftmals teuer und teurer als dauerhaft unter Vertrag stehend die Vor- und Nachbereitungen der Projektverträge zu arrangieren, tausenderlei mehr oder weniger zweckmäßiger persönlicher Anpassungen im Lebenswandel vorzunehmen und gleichzeitig wieder bereit zu stehen, hatte mich hellhörig gemacht.

Weiterhin auch komme ich der Sache selber fachlich sehr nahe, da ich schon recht früh in diesem gesellschaftlichen Gebiet sozialwissenschaftliche Wirkungsanalysen durchführte, also nach der allgemeinen Inzidenz im Rahmen von Steuer- und Sozialversicherungssystemen fragte.

Vor dem Hintergrund, da die heutige junge Generation, die erste volljährige Nach-WV-`89-Generation, die in den Arbeitsmarkt eintritt oder gerade das Studium beginnt und mehr als drei (und nicht nur die traditionellen drei) Säulen der Alterssicherung aufbauen muss, stellt sich angesichts eines anwachsenden Niedriglohnsektors und angesichts eines fehlenden gesetzlichen Mindestlohns die Frage, was noch zu retten ist, und wenn ja, wie.

Noch mehr stellten sich mir als parteiloser Mensch die Fragen der Zeit teils noch grundsätzlicher, da unsere Politiker/innen aus einer Menge von Mitglieder/innen der derzeit höchstens zwei Prozent parteipolitisch aktiven Bevölkerung entstammen.

Die besondere Dramaturgie der vergangenen etwa vierundzwanzig Monate zeigte sich in allgemeiner Anspannung und anschließender Betretenheit, da die Politiker/innen mit ihren Flops in der Sozialpolitik sich selber nicht mehr besser darstellen konnten. Und dies, obwohl viele Mitbürger Blogs u.v.m.verfassten, die Sozialgerichte unter der Wucht der Klagen aufstöhnten und politisch Aktive Expertenwissen, Erfahrungen und Meinungen vortrugen.

Ich habe dazu schlicht und ergreifen und teils ergreifend die wesentlichen Pressemeldungen, die für alle interessierten Leser/innen zeitgleich in jeder überregionalen Zeitungen nachverfolgbar waren und in den Archiven und Pressestellen gespeichert sind, kommentiert und diese ausgewählten etwa 60 online-comments chronologisch aufgeführt und locker verknüpft.-

Die Comments

Da war er also, da war also der Tag, der zu meinem „Raus-aus-dem-Schneckenhaus-Tag“ wurde!

Nicht mehr hatte ich damit gerechnet, dass mich die Sozialgesetze und die Verwaltungspraxis nochmals wütend machen könnten!

Am 17. Januar 2010 berichtete die Tagespresse, dass Hessens MP, Herr Koch, in die Debatte wirft, dass die Arbeitslosenhilfe (dies ist ein veralteter Begriff aus dem nicht mehr gültigen BSHG) auch ein **Element der Abschreckung** für die Alg II-Leistungsempfänger enthalten müsse.

Aha? Aaaha? Etliche andere Politiker konterten dies bereits prompt, indem sie darauf hinwiesen, dass nach dem bestehenden Recht bereits jeder Alg II-ler verfügbar sein müsse und jede zumutbare Arbeit annehmen muss. Was bis dahin kaum in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, war die Demütigung der jungen Erwachsenen unter 25-Jährigen, sofern arbeitslos und dem Sanktionswesen anheimgestellt, denen bei Arbeitsverweigerung durch das Gesetz bis zu 100%igem Geldleistungszug drohen – bis zum Verlust der Krankenversicherung.

1

Artikel „Niederwertige Arbeit“ vom **16.01.2010** in tagesspiegel.de/politik

Es ist doch schon so - soll es noch schlimmer werden?

es gibt nichts schlimmeres als diese art von hetze gegen vorwiegend unschuldige und beruflich hoch gebildete (mit-)menschen, die ohnehin an minderen mitteln für alle lebensnöte und mit jedem fehlbescheid in allen lebensbereichen und zu geringen Alg II-mitteln „kaputtunterstützt“ werden.

was aber wird aus jugendlichen, die unter 25 auf den arbeitsmarkt eintreten möchten und durch dieses gesetz monate lang sanktioniert und gesperrt werden können bis alternativlos auf Null Euro und dann durch demütigende „arbeit“ bzw. r e i n e ursächlich nicht zu vertretende demütigung re-integriert werden (müssten).

was für eine generation folgt dann noch auf pisa-generation und die bewaffneten kids an den schulen?

alleine diese macht-euch-neue-untermenschen-haltung der öffentlichen diskussion anheimzustellen und jedem miesen dünkel eine vorgabe für weitere vergiftung der arbeitswelt zu liefern, ist körpverletzung an tausenden und zig-tausenden.

Etliche Monate später gab es auch von Seiten Frau vdL's, der Ministerin, die öffentlich vertretene Ansicht zu hören, Alg II-Empfänger sollten zum Kehren gehen.

Wie aber kann man von verfügbaren maximal 5 bis 10 € täglich Schwerarbeit leisten? Vollzeitige Beschäftigung ist damit selbst für Männer im mittleren Alter dauerhaft kaum zu leisten, oder?

Können Sie, liebe Leserin und lieber Leser, von (364 € : 31 Tage) = 11,74 €/Tag leben und außerdem arbeiten? Schließlich auch müssen die Durchschnittsfixkosten, die anfallen, weil Telefon und Strom und andere private Beträge zu zahlen sind, noch abziehen, um auf einen verfügbaren Betrag von vielleicht 5 bis 8 € je Tag für die Ernährung und Versorgung zu gelangen: Und davon noch zusätzlich im Knochenjob als beispielsweise Gärtner/in, Straßenkehrer/in oder Möbepacker/in tätig sein? Wenn Sie sich 8 € zugestehen, müssen Sie schon die Ihnen im Regelsatz zugeständene Bekleidungs pauschale „aufessen“!

Wegen des ständigen Insistierens auf Kostenersparnissen, was seine allgemeinen und besonderen Berechtigungen von Seiten des Staates hat, stellt sich allerdings heute mehr und mehr die Frage nach den Vorteilen und Nutzen, die der Staat bei allen und denjenigen zieht, die eingeschüchtert wurden und bei denjenigen, die gesund, gebildet und ehrenamtlich tätig sind bzw. durch die Verschlechterung der allgemeinen Verhältnisse mehr oder weniger genötigt sind, ihr geistiges Eigentum anheimzustellen bzw. ihr existentiell Letztes zu geben, um überhaupt noch an vage Chancen auf dem Arbeitsmarkt heranzukommen.

2

Kommentar, 31.05.2010

Verschlimmböserungen and more

Wieso „Setzen, sechs!“? Seit etwa 2 Jahren kursieren erneut und wieder immer schlechtere Vorschläge zu Beschäftigungsprogrammen durch die Presse. Auch dieser geht u n t e r das Niveau, was bisher bereits an Reglementes zu gemeinnütziger Arbeit und den dortigen Quasi-Arbeitsverträgen praktiziert wird. Warum also nun noch schlechter als zuvor?

3

Kommentar, 01.06.2010

Gibt es überhaupt ein Existenzminimum?

Wäre ein Existenz-Maximum nicht der bessere Ansatz?

So gut das SGBII auch grundlegend sein mag, es greift nicht mehr richtig die wirkliche Realität der M e n s c h e n, denen fast jede Kompensation außerhalb der üblichen marktlichen Erwerbschancen genommen ist.- Alle (Kombi- und BGE-)Lösungsvorschläge liegen (derzeit) vorwiegend daneben, so lange diese so sehr schmerzhaft zu knapp bemessen sind: zumal nicht einmal mehr (insbesondere bei (Kombi-)Alg II-Bezug die Freiheit besteht, eine für eine besondere Lebens-!Phase angemessene, und dennoch sogar auch nur bescheidene Wohnung zu mieten.- Unter der Bedingung so hoher Transaktions- und Zusatzkosten an allen Fronten des eigentlich normalen Lebens wird selbst der stärkste Bürger in allen seinen Vorhaben und Pflichten zum Scheitern verurteilt und paralysiert.- Ein bisschen mehr Mut dürfte unser Staat für das anständige Leben gebildeter zivilisierter Bürger schon aufbringen.

Schließlich auch profitieren alle seit Jahrzehnten von der civil society und den Entwürfen, die dort konzipiert und umgesetzt werden, um u.a. auch die angeordnete Armut zu kompensieren.

Dann, nachdem es etliche Vorschläge gegeben hatte, die jede verbleibende Art des Sparens am Lebenden ermöglicht hätten, wurde sogar das Pferd von hinten aufgezäumt.

Jemand forderte über die Presse, Kostensenkung durch Minderung der Wohnansprüche der Lesitungsempfänger zu bewirken. Jeder Alg II-Empfänger dürfe nur noch 25 Quadratmeter beanspruchen! Selten habe ich so gestaunt, als ich das 0,5 qm-weise nachgerechnet hatte.

Auch diese Forderung löste sich für mich in Luft auf, da man selbst mit bescheidener Möblierung die Türen von innen nicht mehr zubekommen kann.

4

Kommentar, 24.07.2010

Lieber ein Wohnmobil und/oder ein Hauszelt

25 qm? Jeeht,wa! – sofern überhaupt realistisch oder auf dem Markt angeboten - so: 4 qm (2 x 2 m) für den Flur, damit die Wohnungstüre überhaupt auf- und/oder zugeht; 5 qm (2 x 2,5 m) für die Duschecke mit WC, 7 qm (2 x 3,5 m) für die Küche und 9 qm (3 x 3 m) für die Wohn-Arbeits-Schlaf-Ecke, w o v o n man 2 qm für ein Jugendbett (90x200 cm), 1,5 qm (1 x 1,5 m) für einen Esstisch, 1,5 qm für einen TV-Sessel, 1 qm für einen TV-Hocker, 2 qm für einen Kleiderschrank und 1 qm für das Öffnen und Schließen der Zimmertüre benötigt werden. Fußraum extra gedacht. Warum werden 4 Stühle je Single als Bedarf angesehen?

Sich dafür an die Stirn zu greifen ist schon zu viel verlangt!

Ironisch oder gar zynisch gesagt: Lieber ein Wohnmobil und/oder ein Hauszelt, wobei man sich nun wiederum streiten darf, ob man beides gleichzeitig oder beides je nach Saison nur einzeln besitzen und verwenden darf.-

Im Herbst 2010 gab es eine kleine Pressemeldung zur Umbenennung des Alg II, denn die Ministerin suche einen neuen Namen für dies besondere *Kult-Objekt*.

Ich konnte mir bissigen Humor nicht verkneifen und erfand etwas Unaussprechliches, das nicht nur die Behördensprache und das Juristendeutsch veralbert, sondern auch die schon etliche Zeit zu konstatierende wirklich zunehmende Verkomplizierung bis zur Unlesbarkeit des SGB II und erneute Aushöhlung nach alten Beihilfeprinzipien des Sozialgesetzbuches, das nur noch anmutete wie eine gemeinschaftlich Korrektur gelesene Sammlung von Richtlinien und Verordnungen.

5

Kommentar, 15.09.2010

Betreff SGB II resp. „Hartz X“

Seit Jahrzehnten befassen sich Multimillionen viele Menschen und deren Familien fachlich und/oder betroffen qualifiziert und durch Verwaltungsakte bestraft mit dem Leidenthema moderner Staaten und Ökonomien namens Dauerarbeitslosigkeit und mit der Lösung zum Problemthema Art und Höhe von Sozialtransfers: Wer hat Recht? Wer macht Gesetz? Und: Wer definiert Reform?

Und: Wer kreiert (Marken-)Namen?

Wozu dann auch noch Neubauten für Jobcenter, wenn die Behörden für Alg I quasi leer stehen?

Man gönnt sich ja sonst nix!

Und nun so viele lustige Beiträge zum kostengünstigen Thema Umbenennung: Frei nach dem Duktus des Juristenamtsdeutsch schlage ich zum Thema „Almosen XY“ entsprechend Newsspeak

Renate Straetling

Feb 2012

ungefähr dies in Denglish vor - warum einfach, wenn es auch umständlich geht? -:

Base-Flat-ÜHi*-HäMe-mit-€-Cash-Apps, Statuten I – XII**, in Planung.

(* Überlebenshilfe, **Hängematte).-

Weniger als 14 Tage später kam die konkrete Absicht der Reform ans Tageslicht, eine Absicht, die Millionen Menschen ein zutiefst erschrecktes Ächzen abgerungen haben kann. Die Erhöhung der Regelsätze sollte sich auf einen - wie diese im community-blog des Der Tagesspiegel benannt wurde - „Uschi-Taler“ in Höhe von 5 € je Monat beschränken.

Seit Mitte der 70er Jahre haben wir in Westdeutschland aufgewachsenen Deutschen mit der Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen und die Politik dazu aufgearbeitet und nun also nur „der Taler für den Markt“?

6

Kommentar, 26.09.2010

zum Thema Hartz-IV-Erhöhung: Nicht 20, nicht 10 – 5 Euro mehr sollen es sein

Hirngespinnste: yes or no?

Es geht nicht mehr nur ums Geld! Es ist alles so sehr zu mega-teuer als dass man vernachlässigen könnte, nach moderneren sozialen Regeln und zukunftsweisenden Projekten zu suchen.

Schlicht und ergreifend, so realitätstüchtig muss man bei der klaren Erkenntnis der rauen Realität und der Natur der historischen Menschengesellschaften sein, geht es hier um reine brutale Demütigung des als bedürftig definierten Individuums. Frage: Gibt es tatsächlich diese fehlenden Arbeitsplätze? **Mit einem gesetzlichen Mindestlohn, ML, käme es heraus**, o b das, wofür der erwachsene Mensch möglicherweise bis an die Grenzen der Lebbarkeit und die Jugendlichen unter 25 Jahren bis Nullleistung, also Monate lang bis zum Exitus sanktioniert werden, überhaupt (k)ein Hirngespinnst wäre!

Nur ist die Frage, wer wie weit mit der Demütigung geht und gehen darf. Die einen möchten das Äußerste an Armut in Kauf nehmen, andere Auffassungen gehen vielleicht so weit, dem Mitmenschen einen angemessenen, anständigen Anteil in Armut an den wichtigsten Lebensbereichen zuzugestehen. Man kann vielleicht gerade noch schätzen, wie viele Defekte in der Gesellschaft monetär kompensierbar wären, aber hat die Zivilisation noch eine Lösung für das selbst definierte Problem: Inflationäre Haushalte durch selbst erzeugte politische Missverständnisse? **Vielleicht ist der Maßstab „monetäre Armut“ ganz falsch?**

Nun sind durch Dauerarbeitslosigkeit viele Menschen so lange gedemütigt und ausgezehrt worden, dass hier ein sich selbst verstärkender Effekt von eigenen Wünschen und gesellschaftlichem Oktroy eintritt, bei anderen ist es vielleicht so, dass sie ihr Leben gerade noch so, aber den Beruf nicht mehr retten konnten, wieder andere stellen vielleicht fest, dass die Agentur/Behörde nur und ausschließlich in zirkuläre Bahnen lenkt ohne auch nur mehr als fingierte Arbeitsverträge in Maßnahmen aus Steuer-/SV-Mitteln aufzunötigen, ... unendliche Leidensgeschichten seit mindestens dem Jahre 1975. -

Das „Zukunftsministerium“ rät: Rumdoktor`n kann lebensgefährlich sein!-

Sogleich wurde ich in der community angemockert, großspurig, so dass ich spätabends nochmals antwortete, denn mir war meine Kritik auch fachlich sehr ernst. Als Volkswirtin erkannte ich einen

grundlegenden Konstruktionsfehler der angedachten Reform durch vdl:

7

Kommentar 26.09.2010

Meine Antwort auf einen anderen Kommentator

?glaubensbekenntnisse

ein bisschen spaß muss ein leserbrief noch machen dürfen, wenn eine jahrzehnte lange demokratische debatte in allen groben fehlern der haushalts- und finanzpolitik gipfelt. diese **versozialarbeiterisierung** der zivilisation: das kann nur eine inflationäre chose sein. wie lange wollen wir diese alg II-diskussion noch führen? bis der letzte survivor ein absolutes glaubenbekenntnis zum mönch-sein abgegeben hat?: **eat, pray, chat!**

eben nach der 5-€-tagesschau-meldung wurde mir endlich klar, dass es schon zu viel verlangt ist, sich so viele meinungen zu bilden und zuzumuten inmitten einer situation, für die hier kein einziges der politiker-individuen fachlich qualifiziert zu sein scheint.

lieber nochmal grundsätzlich nachdenken und auch mal über den tellerrand schauen - so lange das noch geht und nicht nur taube ohren da sind.

und: warum eigentlich gibt es kein europäisches alg-II-modell?

a dieu

Sogleich zwei Tage später – da müssen Server durch tausende digitale Aufschreie zusammengebrochen gewesen sein -war auch ich richtig sauer und kam zum Wesentlichen der Debatte. Gemeint ist, dass ich dann anfangs, jeden einzelnen Euro im Regelsatz schätzend nachzurechnen, denn unsere Politiker werden die konkrete Armut nie verstehen, was viele Gründe hat, und wovon nur wenige berechtigt sind.

In den Monaten zuvor hatte ich schon einmal geschrieben, wiederholt auch öffentlich kommentiert, dass jede/r Spitzenpolitiker/in sich besser vergewissert, wie ihr/sein Volk, das er/sie als Delegierte/r vertritt, von dem nationalen Existenzminimum nach den bestehenden Sozialgesetzen wirklich real in echt, tatsächlich und konkret in verschiedenen Lebenslagen überleben und leben kann.

So habe ich nochmals an Hand der zeitidentischen Discounter-Preise darauf bestanden, die Basisannahmen dieser national um sich greifenden Armut zu würdigen:

8

Kommentar, 28.09.2010

Götzendienste am Steuergeld

Wieso „Mediale Hyperventilation“, wenn die „dauer-erregte sympathisch-adrenergen systematische“ nationale **Verteidigung der heimischen Bratpfanne** offenbar die militärische Verteidigung an Kostenaufwand übertrifft?

128 € p.P. Kostgeld per Monat: So zusammengestellt oder etwa ähnlich (**shuffle**): 15 Liter Milch

a 60 Cent (9 €); 8 x Brot a 1 € (8 €); 4 x Margarine 1 € (4 €); 6 kg Äpfel a 1,50 € (9 €); 30 x Fleisch a 1,50 € (45 €); Limo 10 Fl. A 0,50 € (5 €); Gemüse 30 x 1 € (30 €); Kochzutaten wie Öle, Gewürze u.ä. 5 €; Marmelade 2 x a 1 €; Grundnahrung wie Reis 5 x a 1,50 € (7,50 €); Quark, Käse, Wurst 10 x a ca. 85 Cent (8,50 €) = 128 € und 46 Cent gegen Hunger – und auch die Erhaltung der Gesundheit?

Hier fehlt es an neuen zivilisierten Grundregeln zur Auffassung von sozialgesetzlich definierter und angeordneter Armut, die jeden treffen kann, und den (offenbar auch systematisch mangelnden) Erwerbsarbeitsplätzen: mit der dauer-inflationiert eingesetzten und aufgerufenen Sozialarbeit durch Defizite im guten Sozialverhalten kann man auf mittlere und lange Sicht nicht sparsam wirtschaften. Lieber kontingentierte sachliche Beihilfen vergeben als die Menschen auch noch durch (rechtsbeugende) Übergriffe in kaum noch zu händelnden Armutsalltag u.a. irre machen!-

Auch gab es Mitstreiter, die - auch für mich anonym – ähnlich plädierten, und einer stellte die Schweiz als vorbildlich dar. So griff ich in das latente Wissen zu den Begrifflichkeiten, denn der Debatte um Kosten und Soziales mangelt es schon sehr lange an grundlegenden Definitionen und korrekten Abgrenzungen. Alleine nur einen gesetzlichen Mindestlohn gegen Beruf- und Job-Sicherheit auszuspielen, erscheint für das heutige 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß, zumal die Firmen jede Art von Subvention erhalten können und auch Lohnkostenzuschüsse und und und erhalten (können), wenn beantragt oder begründet beantragt.

9

Kommentar, 28.09.2010

Neiddebatten für die antike Arena

Das, was die Schweiz angeht, sehe ich auch so: Freiheit ist, sofern Anstand und Bildung vorausgesetzt, das Regulativ - mit den geringsten Transaktionskosten - schlechthin. - Vielmehr hat hier niemand die in der Diskussionsschlacht verwendeten Begriffe

a.

Lohnabstandsklausel (aus dem Tarifgefüge)

und

b. durchschnittliche Ausgaben der Geringverdiener als Maßstab einmal tiefer hinterfragt.

Nun spätestens kam der Zeitabschnitt, in dem die angekündigte 5-€-Erhöhung, die doch sehr viel breite Empörung hervorbrachte und auch zu öffentlichem Unbehagen über die Unsinnigkeit des ministeriellen Aufwandes führte, zu einer lange Diskussion über die korrekte Messung des lebensnotwendigen Konsumenten-Endverbrauchs führte.

An einen anderen community-blogger antwortete ich im selben Themenkomplex, da er Sorge um Konflikte unter Bürgern äußerte, und ohne zu schreiben, dass schon seit Jahrzehnten in etlichen Berliner Kiezen die mafiosen Strukturen wuchern und es noch schlimmer ist als damit kommentiert:

10

Kommentar, 28.09.2010

Der Vorzeige-Geringsverdiener und die Gewalt dessen „Norm“

Den Anfang des sozialen Verfalls haben Sie offenbar schon lange versäumt. Der Bürgerkrieg gegen Unschuldige ist schon lange im Gange: in den Schulen-brutal, Kleinkriminalität-allerorten, in den Verwaltungen – individualisiert per Textbaustein, Versozialarbeiterisierung vieler Lebenssphären durch diejenigen, die behördennah tätig waren/sind, durch Muggel-Statistik anhand des Vorzeigegegeringsverdieners, mit Sozialtransfers aufgebaute neue Firmen und mit Sozialtransfers geleerte Sanierungsgebiete undud.

So sieht es nämlich aus in unserem „arm und sexy“-Berlin. Eine spätnächtliche Dosen-Bier-Party in einer Parkanlage ist dagegen eine kultivierte Veranstaltung, möchte ich dazu mal sagen!-

Kaum dies, dann jenes. Es gab sogleich wieder erschütternd unrealistische Vorstellungen und Ideen von wuchernden Verwaltungsakten über die Vorzüge der Barzahlung durch Patienten beim Arzt. Jedes lokal kursierende Talerchen und jedes Scheinchen scheint dem Neid anheimgestellt zu sein.

11

Kommentar, 06.10.2010

time is money, time is (rest of) life

Sicherlich wird die direkte Abrechnung direkte Wirkungen auf die (dann sinkende) Zahl der Arztbesuche haben. Aber welche Auswirkungen genau?

Mir erscheint die Inanspruchnahme von privaten „Büro“-zeiten für Leistungen nach dem Versicherungsprinzip einfach nur widersinnig, unverschämt und gesellschaftlich kontraproduktiv: man hat zuhause tatsächlich Besseres zu tun!

Wie sollte beispielsweise eine (mehrfache) Mutter, die womöglich außerdem alte Menschen, z.B. (Schwieger-)Eltern pflegt, oft nötige Zeit für Zuwendungen erübrigen, wenn Sie mehrfach monatlich an verschiedenen Tageszeiten Stunde um Stunde mit eigentlich unnötigen Korrespondenzen verbringt, sofern die Familie die Rechnungen überhaupt vorstrecken kann?

Das „Zukunftsministerium“ rät: ***Zeit und Ruhe für persönliche Aufmerksamkeiten können Leben und Gesundheit retten!***

In der Zwischenzeit kursierten weitere „Reförmchenvorschläge“, abenteuerlich in den Vorstellungen von den existentiellen Ressourcen der Ärmsten, so dass mir eine Idee kam und einleuchtete. Kontern auf der vollen Breitseite!

12

Kommentar, 08.10.2010

Zertifikate in social basics, bitte!

Bevor man als Spitzenpolitiker/in auftritt und durch Menschen im Lebenszusammenhang nicht konkret umsetzbare Forderungen stellt, sollte man vielleicht doch erst einmal das Wesentliche an Basis-Know-How über das Existenzminimum, die grundlegenden Gesetze, Regeln und die wirklichen Möglichkeiten seines Volkes erlangen.

Bitte, statt Name in Klammern Alter zukünftig die Zertifikatsnummer oder die Urkunde der Weiterbildungskurse in Sozialgesetz-Quali's vorlegen!

:-)

Sogleich auch ein Kostenproblem, das vielen Vermietern ein Dorn im Auge ist: die Mietminderung nach dem bestehenden Gesetz. So sollte auch dieses Leck hinsichtlich der möglichen Bereicherung durch den Leistungsempfänger geschlossen werden! Man wolle das Mietmindern durch den Alg II-ler verbieten, so dass auch hierbei wieder klar wurde, dass sich der/die (Spitzen-)Politiker/in nicht einmal vorstellen kann, dass ein arbeitsloser Mit!-Mensch kompetent genug wäre, seinen Wasserschaden oder andere gravierende Mängel nicht eigenständig gegen den Vermieter abzuwickeln, zumal der Rechtsanspruch auf Mietkostentransfer sein absolut persönlich eigener ist.

Wie soll jemand seine Gesundheit schützen oder seine kranken Kinder oder Verwandte bei Krankheit und Pflegezeit schützen, wenn der Vermieter ein Stockwerk darüber mit Presslufthämmern Wochen lang sanieren lässt? Braucht man dafür nun eine Entmündigung wegen Arbeitslosigkeit und einen teuer zur Verfügung gestellte Betreuer? **Dies** wären dann vermutlich die sozialpolitisch sehr angenehmen Kostenpositionen **Fragezeichen (?)**

13

Kommentar, 08.10.2010

Arbeitslos „und mit ohne“ Recht auf Mietminderung?:

Ein (vergleichsweise teuer) zahlender Mieter, einzeln oder als Familie, hat das **absolute** Recht, zuhause, in seinem persönlichen Zuhause, – außerhalb ambulanter und stationärer Behandlung – gesund zu bleiben und zu werden.

Wie soll jemand, bspw. ein Schulkind, ein alter Mensch, gesund bleiben oder werden, wenn z.B. ein Dachstuhl Wochen lang durch Presslufthämmern und Hammerklopfen oder eine Heizungsanlage lautest ab 6:30 h oder 7 h früh saniert wird?

Wovon sollte ein Mieter sein (krankes) (Schul-)Kind oder einen bettlägerigen Menschen durch Reisen in die teure Obhut von Verwandten anderenorts bringen? Woher das Geld und außerdem die Zeit dafür nehmen? Soll auch dies der Sozialstaat auf Attest eines dann auch privat durch den Mieter zu zahlenden Arztes per Vorkasse womöglich begleichen?

Als Mieter benötigt man tatsächlich **Kompensation** für die auch nur vorübergehende Unbewohnbarkeit der Wohnung: Sanierung und Modernisierungen sind oft wie **direkte** Körperverletzung.

Wie kann man diese Regel *ersatzlos entfallen lassen wollen?*

Und gerade diejenigen Mieter, die die Modernisierungen **vor ihrem** Auszug **erdulden müssen**, für irgendeinen dahergelaufenen nächsten Mieter, der 1xy % des vorherigen Mietniveaus zahlt, sind oft unkompensierbar geschädigt: durch Lärm, Schmutz, Gefahren usw. und durch einen existenziell

womöglich für jedes einzelne Familienmitglied schädlichen Umzug, vor allem auch für die Schulkinder, die morgens alleine aus dem Haus müssen.- Und die Rechnung haben wir durch Altbauwohnen geschädigten Berliner nun schon erhalten: Das Mietenniveau für Neuanmietungen stieg auf über 120% des bisherigen.- Alleine die Vorstellung zu meinen, dass der Alg II beziehende Bürger als Mieter ein Mündel des Staates sein könnte oder wäre.....

Auch Herr Seehofer brachte sogleich weitere Alg II-Verschlimmböserungen in die Presse.

14

Kommentar, 09.10.2010

Quali – mal ohne ESF-Mittel der EU

Besser sollte man die Politiker/innen einmal in den gesamten zusammenhängenden Grundlagen unserer Sozialpolitik - und nicht nur in Art. 12 GG, sondern insbesondere in Verwaltungspraxis und den offenen Fragen dazu - qualifizieren und zertifizieren, bevor sie zu uns in die Hauptstadt kommen und immer noch falschen Wind in unserem Praktikant(inn)en-Paradies, in den Gassen, zwischen unseren 44 Berliner Universitäten aufwirbeln.

Ein anderes, weiteres Thema zum Komplex „Wie wohnt der Alg II-Empfänger am kostengünstigsten?“, war die Frage nach den Umzugspflichten, wenn die Richtlinien überschritten werden, die die Vorschriften vorsehen. Dazu fiel mir nur noch Zynisches aus der Zukunft ein, da dieses Massenphänomen vermutlich immer dasselbe bleiben wird.

15

Kommentare, 09.10.2010

2091 ff

... bis in der dann folgenden Sommerperiode die Politik-Clique „heli+car+ride“ die Beheizbarkeit der Straßen und Park-Alleen durch Sonnenenergie anordnete, und so lebten alle noch lange glücklich unter dem Ozonloch weiter. ...

Anno Domini 2092

... Zynismus must go on?

„Tapferkeiten bis zum Umfallen“: Weil sich viele Menschen, nach den üblichen Regeln, in Notunterkünften sammelten, hatte die Politik-Clique „heli+car+ride“ auch in den anschließenden Jahren das übliche leichte Spiel und bot organisierte Bau-Aktionen an. Nun waren die bag-people in der Lage, gemeinsam die Beheizung auch der Böden an ausgewählten Stellen herzustellen, weite, Freiheit für alle gebietende Areale für Windschutzvorrichtungen aller Art – gefunden, gespendet von den ehemaligen Outdoor-Touris, als die Flughäfen noch ganzjährig intakt waren, auszuheben und aufzuschichten. ... Und die Sonne brachte es an den Tag: das Stadtleben scheint limitiert, getaktet und befristet zu sein. Und auch entspannen sich neue liebevolle Mythen um das

menschliche Gemeinwesen, denn neuerdings wärmt die Sonne die Existenz von unten. Und so hausten sie bis ans Ende ihrer Tage glücklich nach eigenen, neu ausgeschmückten Regeln auf „Free Summer-Mountain“ in schicken Jurten und widmeten sich ihrer oral-history.

Und sogleich konterte jemand nach dem Motto „Jeder selbst ist seines Glückes Schmied!“

Das Schmieden, Hartzen und das Raffen: wer ist da wo aktiv?

16

Meine Notizen, 10.10.2010

Ich gehöre zu den Expertinnen der ersten Stunde aus den 70ern und 80ern, als die sog. Negative Einkommenssteuer als Ausgangspunkt für Grundeinkommen diskutiert wurde, oder besser gesagt ein Jemand aus der ersten Stunde Null dieser heutigen SGB-Reformen, jenseits von BSHG und ich bin mittlerweile schockiert über das Multi-Milliarden-Reformen-Karussell für Sozialarbeiter, Politiker und eher im Hintergrund wirkende Sozialforscher und außerdem den direkten Folgekosten im Gesundheitswesen. Was da herumgeschoben wird ohne eine beherzte, aber eine breit ausdiskutierte Lösung, hat meiner Auffassung nach die Maßstäbe der Antike und ungekannte Größen überschritten.

Hätte ich keine tiefen historischen Einsichten in die Weltgeschichte, ich könnte es nicht be-greifen. Wenn man z.B. einen Urheber missversteht und kopiert, kann man Geräte oder Menschen eben nicht bewegen.

Was nützt es „Uschi-Taler“ und die letzte der Sanktionen bis zur zeitweiligen oder gar dauerhaften Null-Leistung zu diskutieren, wenn der grundlegend einfache Gedanke der ursprünglich gemeinten Reform, die Umstellung von BSHG zu (schwerpunktmäßig) SGB II und SGB III schon durch überteuertes over-doing in die Welt gesetzt wurde: durch den Neubau fernab der Öffentlichkeit abgeschotteter Jobcenter. - Nun sind es die systematischen Befristungen in vielen Lebensbereichen die die Menschen für das Sanierungs-Wohnkarussell verfügbar machen, das letztendlich dort am kontra-produktivsten ist, wo die meisten Menschen stadtumfeldorientiert, die Märkte kennend, gebildet und kulturell aktiv sind.

Wer schmiedet da noch am Zufall? Als anständiger gebildeter und sogar als armer Mensch kann man glücklich sein, aber in einer Welt, in der nicht einmal mehr ein einziger Grundschul-Tag ordentlich funktioniert oder auch nur eine Anpassungsfortbildung, ein realitätsnahes Update für berufliche Zwecke, würde ich der heutigen Jugend das Glückschmieden nicht mehr in Form dieses Sprichwortes mit auf den Weg geben, da es nicht nur antiquiert ist, sondern sich als fies herausstellte.

Das neue Jahrhundert gebietet mehr denn je die Allgemeinbildung im Hinblick auf die Wirkungszusammenhänge des menschlichen Wirtschaftens und Lebens!

17

Noch eine Notiz

Artikel 12 and more, please!

Vergessen Sie, bitte, dennoch nicht, wie viele Menschen trotz Bürgerengagement, allgemeiner bürgerlicher Unschuld, Ehrenamt und höchster (Uni-)Bildung wie unter Freiheitsentzug in Alg II **eingesperrt, faktisch** wie an die Wand „einer Einfachlage“ genagelt sind und nun - neuerdings womöglich ohne Mietminderungsrecht (so vorgesehen) für die kulturell nachtaktiven Neu-Berlin-

Renate Straetling

Feb 2012

Nachmieter die Klimaschutz-Bauarbeiten verwalten und allseitig erleiden müssen – und danach dann bis zum Leistenbruch und bis zur Bandscheiben-Misere zur nächsten Baustelle kontrolliert genehmigt angewiesen werden.

Vor Weihnachten 2010 war dann klar und soweit mit gedämpfter Stimmung hingenommen, dass es eine nur wie nach Dienst nach Vorschrift anmutende Mini-Reform mit Rollback geben würde: Alg II-5 €-Erhöhung per Person und per Monat. Davon kann man, sofern man des Sparens mächtig ist, am Ende des kommenden Jahres ein Paar hohe Kunstleder-Stiefel für die matschige und windige Winterzeit neu kaufen.

Ich sah tatsächlich „rot“, da mir der Gedanke kam, wie sehr hier ein neues Kastenwesen eingeführt werden sollte, da führte jemand im Schilde, durch die vorsätzliche **Versozialarbeiterisierung** der Aller- Ärmsten eine Nachhut zu platzieren und in dem allgemeinen Sozialrummel – die Sozialwirtschaft übrigens als die profitabelste und krisenfesteste Wirtschaftssektor in der Volkswirtschaft überhaupt – zu nähren.

18

Kommentar, 17.12.2010

Frau vdL, die Ministerin, und die Zahlungsfrage

Die neuen Sozialämter, nicht etwa Jobcenter: **Inflationierung** der Kosten durch Versozialarbeiterung der Ärmsten

Ist es gerecht und vernünftig, ca.-ca. 1300 Mitarbeiter x 2500 € Brutto/Monat x 12 Monate x (zum Beispiel einschließlich späterer Rentenjahre, hier rechnerisch schätzend gesamt nur) 25 Jahre = 975.000.000 € (sprich etwa 1 Milliarde Euro) **ZUSÄTZLICH** für die Schulhefte und Mittagessen u.a. der jetzigen Halb-Generation von bedürftigen Schulkindern aufzuwenden, wenn man das auch preiswerter und vor Ort in den Schulen direkt und besser haben kann?

Ist das haushaltsrechtlich/-politisch sinnvoll und im Rahmen?

Und welches Anspruchsdenken an Arbeitsplatzsicherheiten von staatlichen Verwaltungsmitarbeitern wird da prinzipiell und inflatorisch aufgebaut?

Ei n e M i l l i a r d e Euro für **nebeneinander** soziale Leistungen, die man – der Freiheit und Disposition des verantwortungsbewussten Elter - zusätzlich kostenfrei mit der ohnehin fälligen Regelleistung überantworten könnte! Kosten und Verwaltungskosten, die entstehen und sich vermehren, da sie durch Vorenthaltung entstehen und dazu nötigen, in Anspruch genommen zu werden. -

Die Bringschuld ist doch eindeutig erkennbar. M. a. W.: **Nötigung durch Vorenthaltung!**

Ebenso weiterhin auf derselben Argumentationsschiene zum „Streit um 5 Euro“gedacht:

19

Kommentar, 19.12.2010

Die Vermultiplikation des Bescheidwesens: fürs neue Kastenwesen

Den Dauerarbeitslosen ab dem 6. Monat der Arbeitslosigkeit das Leben mit so vielen Vorschriften für die einfachsten 2 Sachverhalte (Wohnen und LHK) der Zivilisation so sehr

Renate Straetling

Feb 2012

schwer zu machen

und gleichzeitig Jahre lang teuer erkaufte politisches Diskutieren und Flickwerk am Sozialgesetz zu betreiben ist schon teuer genug, aber dann das Kindergeld zu verrechnen, Elterngeld hinzuzuerfinden und beides durch aufwändige und viele Verwaltungsvorgänge wieder durch zusätzliche abschlägige Bescheid-Wesen abzusprenken, genau dann die mehrfach administrierte brutale - aber dennoch eher geringe – sensible Kostenlücke für Schulhefte und gelegentliche Nachhilfestunden mit einem multimilliardenschweren Zusatzgesetz und zu berentenden neuen Mitarbeiterstämmen zu überstülpen und obendrein ist ein volkswirtschaftlicher Aberwitz und ein Hohn für einen modernen Steuerstaat.

Schlimmer kann man das Bundeshaushaltswesen doch nicht verhöhnepiepeln zu Lasten von Menschen, die um die Mindestlohngrenze herum - womöglich als Akademiker – vor Hunger kaum wissen, wie sehr sie dabei noch am Arbeitsplatz ausgenutzt und plagiirt werden.

Neue Kastenwesen kann man teurer kaum in die Welt setzen!-

Die einen wollen nicht, so Frau vdL, die Ministerin in dieser Situation über sich selber, um 5 € Feilschen – was für ein Hohn! -, die anderen aber **müssen mittlerweile 400% mehr** für die seit der Euro-Einführung preislich verteuerten und geringer portionierten und qualitativ verschlechterten Lebensmittel beim Discounter und beim Gemüsemann hinlegen.

20

Kommentar, 26.12.2010

Feilschen und Einkaufszettel ausknobeln

Vielleicht geht es für die Politikerschaft tatsächlich ums Alg II-Schnäppchen, das man erfeilschen könnte, also um den Preis direkt am Verkaufsstand Bürger gegen Politiker/in vis a vis präzisiert, vielmehr jedoch geht es sehr vielen Millionen Menschen um die richtige Bandbreite, denn die Lebensmittelpreise weisen heute, seitdem **!!!!!!! der Regelsatzanteil für Lebensmittel zu Beginn der 00er-Jahre schon bei von DM (ca. 245 DM) in Euro umgerechneten ca. 125 €/Monat lag, eine Vervielfachung des Preisniveaus auf.**

Sonderbarerweise bemerkt dies kaum noch jemand?

Wenige Wochen später gab es Pressemeldungen des Statistischen Bundesamtes, demnach die Inflation seit dem Jahre 2005 etwa 12 % betragen habe.

Tja? Tja dann! -

Die Regelsatzdebatte nahm etliche Wochen kein Ende, und es ging nicht stringent vorwärts. Sicherlich ist es ein schrecklicher Tatbestand für ein Volk, so viel Armut hervorzubringen und jede kleinste Zahlung sich zu Milliardenbeträge auftürmen zu sehen, zumal wir die Generation(en) nach uns belasten.

Ich war so entsetzt wie noch nie, denn ich gehöre zu denen, die die externen Effekte der Armut täglich vor Augen geführt bekommen.

21

Kommentar, 08.01.2011**dick blondiert und nix drunter**

wenn man so viele kosten verursacht, um eine wirklich nicht ausreichende und langfristig noch schädlichere lösung bzw. regelung für den staatshaushalt zu finden, die millionen wirklich als blanken hohn empfinden, dann darf man sich weiter reichende fragen an die relevanz von aktiv induzierter sozialarbeit als originärer kostenfaktor stellen.

vorenthaltene schulhefte, um ein kick-off für schulheftausteilungsbürokratie anzutreten?

anstatt so viel blondierte sozialarbeit zu finanzieren, würde es sich eher lohnen anstelle der vorenthaltenen mittel, die sich existenzminimum nennen könnten, öffentliche wegweiser oder auch sozialarbeiter mit handzetteln an markanten straßenecken allerorten für den weg zu den ersatzweise nötigen tausende suppenküchen aufzustellen - anstatt die ausgabezeiten kleingedruckt in den kirchen-schaukästen zu verheimlichen.

Wenige Tage später hatte jemand heftigst geschimpft

22

Kommentar, 11.01.2011, Meine Antwort auf einen anderen Kommentator**immer schön liebi sein ...**

nun gut: man muss immer-immer höflich sein. beschimpfen sollten wir uns alle gegenseitig nicht. - obwohl man an der befähigung der allgemeinheit und des staates zur steuernden kompetenz zweifeln kann, ökonomie und ökologie, als mega-größen überhaupt noch steuern und sichern zu können. - und auch trotzdem alleine die physischen lebenschancen gar nicht (mehr) korrekt verteilt sind, zumal die höchste akademische bildung meistens da nicht sitzt, wo das geld und die nominalwerte verwaltet und verzockt werden.

zeitverträge als normalzustand für akademische leistung führt genau zu dieser überzogenen anmaßung, die bei mir "blondierung" heißt, also die vortäuschung falscher tatsachen, stile, normen, leitbilder und levels - durch alleiniges aufblasen weniger figuren in den höheren hierarchien, die ohne referentielle bezüge an plakativen schlagwörtern kleben bleiben: blondiert, wie gesagt. mir geht es mehr und vorrangig um das schlanke gesetzliche bürgerliche freiheitsrecht des gebildeten und guten bürgers. man kann solche overkill-bürokratien an jedem einzelnen kostenfaktor des (beachte!) existenz-minimums nicht bearbeiten und auch nicht leben und die gemeinschaft schafft es auch nicht schadlos, auf so viel gelebte zeit zu verzichten, wie man am cityleben wie unserer hauptstadt schon etliche jahre konkret schadhaft zu eigenen lasten miterleben kann, leider.

wer wiederholt schulhefte und bastelgebühren der kinder nicht zahlen kann, auch am ende der dreieinhalbten monatswoche nicht mehr, sollte mit dem sozialarbeiter der schule sprechen und verhandeln dürfen/müssen anstatt einen solchen geplanten verwaltungsapparat zu nutzen, der fern der kosten-nutzen- vernunft des § 7 BHO (Bundshaushaltsordnung) angesiedelt ist und zukünftig noch schlimmere not durch weitere administration von lebensgütern verheißt, weil man die so geschaffenen arbeitsplätze in den jobcentern schützen sollte (?).-

Es geht also um zusätzliche 120 € je Kind und je Jahr, um 10 €/Monat für die *Bildung und Teilhabe* neben anderen Angelegenheiten wie objektiv benötigte Nachhilfe auf begründeten Antrag hin.

Es geht, man kann es – trotzdem man dem Staat nicht mehr Schulden wünscht – um 10 (in Worten z e h n) Euro per Monat, heroisch vorgesehen für Bildung und Vereinsteilnahmen u.ä. Man kann gar nicht zum Ausdruck geben, wenn man die Preise im Kurswesen kennt, wie sehr das ohnehin daneben gegriffen ist, um den Kindern Bildung zu ermöglichen, und wenn dauerarbeitslose Mütter völlig entspart sind.

Ich habe lange nachgedacht, welche Art des Hohns hier wirklich intendiert ist, obwohl ich dieses Anliegen des Kindersports und der kulturellen Bildung auch sehr ernst nehme.

Parallel dazu gab es eine öffentliche Debatte um das gezielte Abfallessen aus Tonnen oder auch die abgelaufenen Mindesthaltbarkeiten der Lebensmittel und die Spenden an den Tafeln, die auch nicht immer die frischesten sind.

Ich hätte das nie beantwortet, wenn aus der Meldung nicht hervorgegangen wäre, dass es sich um junge Erwachsene handelt, die das Thema aufgemacht hatten. Jemand fragte nach der in den community-Kommentaren verwendeten Abkürzung BGE, und so antwortete ich.

23

Kommentar, 12.01.2011

Hausaufgaben

Falls Ihnen die BGE-Diskussionen und Diskussionen zur negativen Einkommenssteuer der vergangenen ca. 35 Jahre entgangen sein sollten:

BGE, Bedingungsloses Grundeinkommen

Quellen u.a.: de.wikipedia.org/wiki/

Man könnte rein logisch besehen – ohne politische Ansprüche irgendeiner Art zu meinen und zu beabsichtigen - auch denken und glauben, dass der gute Mensch solide begütert zur Welt kommt und nicht arm gemacht und bis zur Organspende ausgeweidet wird, sondern genügend reich, um z.B. externe Effekte zu verhindern und erst oberhalb dessen dann ggfls. Fehlverhalten "minuszupunkten".

Das wäre erst richtig-richtige Sozialpolitik!

So kommt es zu folgender erhellender Information:

Meldung, tagesspiegel.de, 13.01.2011

Header: 5-Euro-Debatte verschleiert Kahlschlag

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die im Bundestag beschlossene Erhöhung des Eckregelsatzes ALG II um 5 Euro auf 364 Euro monatlich offenbar schon seit 2008 eingeplant war. Um exakt zu dieser offenbar politisch gewollten Regelsatzhöhe zu kommen, hat das Arbeitsministerium zunächst die Referenzgruppe für die Einkommensstichprobe verändert und verkleinert. Die sog. Aufstocker und nicht im Transferbezug stehenden Armen werden nicht mehr herausgerechnet.

Gleichzeitig wurde die Referenzgruppe von 20% auf 15% der Einkommensschwächsten verkleinert. Diese Änderungen bedeuten 17 Euro Minus, 4,9% weniger ALG II! Die Debatte über Alkohol- und Nikotinmissbrauch führte zur Streichung von diesbezüglichen Positionen im Bedarf. Folge ist ein Minus von 16 Euro, 4,5%.

Nach Streichung des Postens „Gaststättenbesuche“ ergab sich ein weiteres Minus von 18 Euro, 5%. 53 Euro sind somit aus dem Bedarf herausgenommen worden, obwohl diese Standards bislang anerkannt waren. *Wenn diese 53 Euro nicht herausgenommen worden wären, ergäbe sich ein Eckregelsatz von 417 Euro*, denn als neue Posten mussten Internetnutzung und Praxisgebühr berücksichtigt werden.

Fazit der geplanten Veränderungen: 1,1 Mrd. Euro Mehrausgaben, gleichzeitig werden in den kommenden 4 Jahren je 7,5 Mrd. Euro im Sozialetat eingespart. Ein großer Teil davon wurde schon zu Jahresbeginn bei Hartz IV-BezieherInnen „eingespart“.

Armut ist (ohnehin individuell kaum und in vielen Einzelfällen gar nicht zu rechtfertigende) Strafe genug, in einer Gesellschaft, die nichts hat außer Arbeit und zivilisierte Nutzung aller Straßen. Armut ist noch mehr Strafe, je mehr sich die geringfügigen Entlohnungen, Zeitverträge und andere nachteilige arbeitsrechtliche Entwicklungen ausbreiten. Sind bis zu 50 % der Arbeitsverträge in der BRD bereits in dieser Hinsicht schadhaft, so muss man ebenso schließen, dass auch die Hälfte aller Familien direkt und außerdem indirekt schädlich in ihrer Lebensgestaltung betroffen sind.

24

Kommentar, 15.01.2011

Armut muss - mit oder ohne Spaß - lebbar sein

Man muss nicht erfahrener Voll-Akademiker sein, um Spitzenpolitiker/in zu werden, aber wenn und sofern und so lange man es ist und sich so hoch dotiert bezahlen und versorgen lässt, MUSS man in der Lage sein, Modellrechnung, Durchschnittswerte, Kodex und außerdem vor allem – nota bene - Realität und weiterhin Alltag seines Volkes und seiner Mitmenschen unterscheiden zu können. Man kann noch so sehr Teile dieser seit Jahrzehnten wuchernd wachsenden sozialgesetzlichen Regulierungen studiert und untersucht haben und dennoch verkennen, dass Gesundheit, Beruf, Erwerb, Familie, Weiterbildung, Rente, Freundschaft, Neuanfang usw. allesamt im Prinzip und vollumfänglich dem Verfall anheimgestellt werden, so dass nichts mehr konstruktiv für den Bürger und die Gemeinschaft ineinandergreift. Wie kann man in der Zivilisation (Kultur haben wir hier nicht) dies verlangen, obwohl nur vergleichsweise geringe Beträge an der Unversehrtheit fehlen. Es steht fest, dass Armut durch 359 € plus Mietkosten **mehr als genug der Strafe** für diejenigen ist, die trotz Suche keine Erwerbsarbeit finden, vor allem, weil es derzeit noch immer nicht genug Stellenangebote gibt und auch Arbeitgeber sich weigern, auch nur 6 Monate lang unterbrochene Erwerbsbiografien bei Neueinstellungen zu akzeptieren.

Lebbar ist es auch dann nicht mehr, wenn die Regelungen nicht mehr verstehbar und das Zusammenspiel der Anordnungen nicht mehr nachvollziehbar sind. Beispielsweise ist es neben einem wie auch immer gestalteten niedrigen Regelsatz für Lebenshaltungskosten **nicht lebbar, die volle angemessene Bruttowarmmiete nicht in voller Höhe zu erhalten**, wie föderal das auch immer verkompliziert sein mag.

So, und das war nun wirklich kein **letztes privates Wort** zu dieser (sozial-)philosophisch undurchdachten, **unflätigen und obsolet operierenden teuren Beschäftigungsnische namens Arbeitsmarktforschung und -politik**.

25

Kommentar, 16.01.2011

nach fest kommt lose ...

ich rege mich nicht einfach als eingeweihte bürgerin auf – weder cool noch emotional. ich sehe das eiskalt, da ich das von Alpha bis Omega studierte: die gesamte ökonomie ökonomisch im koordinatensystem – im detail und mathematisch aufwändig und hoch gestochen.

mich persönlich machen diese expliziten, täglich vor augen geführten erkenntnisse nur kälter denn je.

es gibt vieles, das man demokratisch abstimmen muss, z. b. wenigstens ein dringend zu **überarbeitendes neues leitbild des sozialkodex**, und zur Zeit ist alles *e t h i s c h e* falsch, wahllos, ungenau definiert; **im BSHG gab es wenigstens die auf das individuum bezogene leitidee, die erwerbsfähigkeit des bedürftigen** zu erhalten. es herrscht nun die auffassung, dass nur die kosten alleine gelten. - und jeder glaubt, man könne einfach nur mit dem hammer dann und wann kostenfaktoren, die nur richtwerte und keine norm sind, bearbeiten, also die stellschrauben lockerer als zuvor hämmern.

und gleichzeitig durch richtlinien u.a. unterlaufen, was im gesetz gerade noch nachvollziehbar wäre, sofern man es gelesen hat. zumal man sich fragen muss, ob diese kosten-indikatoren bei dieser nun verallgemeinerten armut überhaupt noch relevant sind.

seit jahrzehnten geht das mit dem sozialwesen so voran, d.h. zurück, gerade so, als würde im hintergrund der bänker, der gatte der politischen, rendite pauschal ziehen müssen.

da ein gewisser scheidelpunkt der destruktion der sachten zivilen bande menschlicher gemeinschaft, des steuerstaats und der jungen familien schon erreicht zu sein scheint, stelle ich mir auch keine fragen mehr.

Kommentar, 16.01.2011

invisible cold hand of social deficits

hier in Berlin, in dieser hauptstadt weit und breit, kann man seit langem täglich zusehen, wie die menschen nervlich und gesundheitlich leiden und ein teil seit wenigstens einer generation unter das existenzniveau gedemütigt wurden und werden: man spürt mittlerweile die übergriffe der **allgemeinen schwäche als kalte hand auf der schulter**: ich sags keinem mehr, weil man nicht mehr vermitteln kann, was die externen effekte sind, die hier zu lasten der normalität **blüten + kosten treiben!**

Sobald traten auch Wirtschaftsfachleute für die Fragen des Wachstums auf, als eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

26

Kommentar, 16.01.2011

homo reeingering

der bunte homo oec. umkreist seine dilemmastrukturen schon lange etwas besser.

Der homo oec. ist doch schon lange selbstzufrieden und sich bereichernd an bunten Gütern im Kreis

gelaufen bis in den vergangenen Jahrzehnten ein weiteres Bewusstsein bei fast allen Menschen dafür entstanden ist, ein Bewusstsein, **eine Kenntnis, das manche Ökonomen schon vor langer Zeit errangen, während es andere Ökonomen ebenso seit Jahrhunderten verheimlichten:** Man sollte den gesamten Produkt-Lebenszyklus betrachten nebst der vollständigen ökologischen Entsorgung und diesen auch so umfassend verantwortlich betriebswirtschaftlich umsetzen! Weiterhin beglückt es heute kaum noch (im Sinne des Spruches Geld (allein) macht nicht glücklich) viele Menschen, nur oder viele Massenprodukte zu beziehen und zu horten und den Preis kollektiv zu senken und damit das Monolithische der Produktionsmassen und -stätten zu stützen.

Soweit hat sich der homo oec. doch recht gut weitergebildet und konsumiert Bioprodukte, Biodesignermode und Solarenergie.

Schön wäre es, wenn wir ein reengineering planen und verwirklichen können, ein Umstrukturieren, ein dezentraleres Wirtschaften und vieläftigeres Leben auf der langfristigen Basis von viel Sonnenergie erreichen könnten.

Ich würde lieber als (nur) das verbesserte Messen eines BIP die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Hinblick auf eine sozio-ökonomische Ökologie (aus dem Stegreif SÖÖ) diskutieren wollen.

Denn bald haben wir nicht nur unsagbare, liegen gelassene Müllberge und orbitierende Müllringe aller Art im Nacken, sondern bald stehen uns noch die unübersehbare Vielzahl der guten technologischen Ideen im Wege.

Besseres Messen ergibt sich automatisch in der Excel-Verknüpfung:

Aber besseres Planen tut not!

Jemand kommentierte, dass typischerweise wieder nur 17 männliche Experten dieses Gremium bilden. Diese begeben sich in die menscheitsrelevanten Forschungsdesiderate *wachstum-wohlstand-wahrheitssuche*.

Mein Blick fiel sofort auf die bekannte Kritik zum volkswirtschaftlichen Thema Wachstum und auf die normalerweise sehr traditionelle und ohne Wissenstransfer betriebene Bestätigung der üblichen Produktstrukturen nebst derjenigen Untersuchungen, die diese traditionellen Outputs in ihren ökologischen Folgen unzureichend betrachten.

Es gibt in der Volkswirtschaftslehre die Theorie der Öffentlichen Güter, die „Allmende“ als fachlichen Begriff setzte. Die Allmende als das öffentliche Gut, als die öffentliche Gemeindefläche, die möglicherweise von allen Bauern Tiere abgegrast wird.

27

Kommentar, 19.01.2011 (tagesspiegel.de/meinung/)

Leistungsfähigkeiten im Glück

die pflichtkür „6-punkte-katalog“ von M. Müller war doch schon sehr gut.

weiterhin: die üblichen *martial arts* on *allmende* or more? -

Renate Straetling

Feb 2012

Dies war also die Frage nach der Fortschrittlichkeit dieser männlichen Experten in der Kommission - im Sinne des Wissens des 21. Jahrhunderts zum Thema Commons (Allgemeine/Öffentliche Güter) und deren politischer Verhandlung, um das wir zukünftig nicht herumkommen werden!

Sogleich fiel mir ein, was ich am liebsten studiert hatte und nun nahe liegend der Menschheit dienen kann, denn manche ökologischen Probleme kann man nur überörtlich, supra-national oder außerordentlich regeln.

So kreierte ich unmittelbar vor dem Wirtschaftsgipfel 2011 in Davos ein neues teures supra-nationales Konzept mit dem öffentlichen Aufruf dazu! Ich stellte das Konzept online, denn man kann sachliche Anliegen nur regeln, wenn es allen Beteiligten gleichermaßen von Grund auf zugänglich war: Ein demokratisches Mittel für die Herstellung von Verhandlungsmacht.

Und hier eine milliarden schwere, zukunftsweisende Handlungsanweisung: voila!

28

AUFRUF, 19.01.2011 (Upload etwa 12 h)

Die Macht des Faktischen: a new basic track

Schade, dass Sie dem modernsten homo oec. noch immer weniger zutrauen als mittlerweile offenkundig wurde durch neue Marktmacht. Bald stehen uns die Straßen und die Orbits im Wege, auch dann, wenn es Öko-Autos gibt und Kommunikation immer noch mehr sein muss als hallo-hallo und GPS-Ortung.

Meiner Auffassung nach kann sich die Menschheit endlich einen großen Gefallen tun und entlang

REACH (Motto: „no data, no market“) viele EU-genomrte und lokal verhandelte recycling-bubbles aufbauen: one track, no debris.

Das würde endlich einmal die Allmende-Diskussion kapital-gut realisieren!

Hinzufügen muss man, dass die EU-Chemikalien-Verordnung REACH am 01. Juli 2007 in Kraft trat. - **REACH steht für Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals**, also für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien. Als EU-Verordnung besitzt REACH gleichermaßen und unmittelbar in allen Mitgliedstaaten Gültigkeit. Durch REACH wird das bisherige Chemikalienrecht grundlegend harmonisiert und vereinfacht. - (wikipedia.de)

Mittlerweile werden in den Datenbanken abertausende chemische Stoffe registriert und verwaltet.

Ein kleiner Genie-Streich am Rande!

Schließlich bin auch ich das Wachstumsgerede recht leid, da meist doch nur Autos und Rüstung als Resultate vorweisbar sind.

Die interessante Koinzidenz war die Berichterstattung im Ressort Kultur über Herr Hessel, ein geborener Berliner, mittlerweile im stolzen Lebensalter von Mitte 90. Ein Mann der Tat, der sein politisches Vermächtnis unter dem Titel „Empört Euch!“ als liebenswürdiges Heftchen bei Ullstein

veröffentlichte.

Die Frage ist doch, was man noch bewirken kann.

29

Meine Notizen, 01.02.2011

back to the roots, und vor der nächsten Steinzeit auf dem Zeitstrahl abbiegen, bitte!

Damals - Das Sein bestimmt das Bewusstsein *
Gestern - Das Sein ver-stimmt das Bewusstsein **
Heute - Das Bewusstsein bestimmt das Dasein ***

* Die plakative Kurzform der Marx'schen Analyse in Abgrenzung zu Hegel

** Die Auffassung der Nachkriegsgeneration ab den 1970er Jahren.

*** Die Versuche, die ökonomische und ökologische Krise durch Schrumpfen auf ein pseudo-kapitalistisches Rumpfmodell zu händeln.

In diesem Zusammenhang ergab sich unter dem Header „Die Stunde der Empörung“ eine weitere online-community-Debatte.

30

Kommentar, 01.02.2011

viel verpackung, lange zutatenlisten, negativer outcome .. viel optimismus.-

die binsen zum komplex

Dagegen sein ist eher einfach, aber setzt gewisse einsichten und erkenntnisse voraus.

Dafür sein ist angreifbar und im keim erstickbar.

Besser wissen ist schmerzhaft und teils temporär und ebenso dynamisch.

Besser machen ist eher einfach, vor allem auch der blinde aktionismus.

Besser planen (und messen) ist teilweise nicht umsetzbar und teilweise eher verboten und greift oft zu kurz.

Besser regeln ist vergänglich, missbrauchbar, beugbar.

Tja.

Besser ausmalen, schönreden und floskeln und ziele entwerfen ist auch eine strategie, die zeit schindend mehr als dem/den urheber/n raum gibt.

Wie die **historische Geschichte** vielleicht gezeigt hat, ist die blutige revolte nur da produktiv, wo sie die under-performer unter den ausbeutern zerstört.

Heute in einer gigantischen, vernetzten globalen ökonomie ist es umgekehrt.

Und sinnfindung ist endgültig fraglich, weil demokratischer impetus und gerechtigkeiten zwischen allen leitungen versickern: überforderung von und an allen.

Ich wurde nachgefragt in der community und sollte mich klarer ausdrücken.

Nun. Ich dachte wirklich nach, denn manche forderten prompte Revolution.

Mein Anliegen war jedoch nur, die Wirkungsanalyse als grundlegend anzuführen und die Impact-

Renate Straetling

Feb 2012

Forschung in den Mittelpunkt der Sozialfrage zu stellen, was eigentlich auch nur ein Steinwurf entfernt ist von dem, was Karl Marx erarbeitete – und nicht etwa das ewig willkürliche Kostendebakel von Menschen jenseits des Realitätssinnes für Armut.

Leider kann man ein solches Anliegen in Berlin (Mitte) kaum vortragen, da man erstens bei amerikanischen Begriffen noch immer schief angesehen wird und zweitens, weil niemand so modern und ganzheitlich denken möchte, wenn man es in der Gesellschaft auch einfacher mit der allgemeinen willkürlichen Diskriminierung vermittelt über das faktisch wahllose Kriterium Arbeitslosigkeit erzwingen kann.

Aufgrund solcher Vorahnungen im Zusammenhang mit der wie Dienst-nach-Vorschrift-das-BVerfGer-Urteil-erfüllenden-Alg II-Reformvorschläge-zur-Kinderregelsatz-Höhe-anmutenden-Plus-5-€-Ankündigung antwortete ich Folgendes:

31

Kommentar, 01.02.2011

voila: eisige spitzen

wenn Sie den darauf folgenden satz verstanden, dann müsste Ihnen der vorige, der von Ihnen zitierte umso mehr einleuchten: gemeint war nur der schlankeste pragmatische gedanke über die damalige historische situation (des größten kapitalisten als under-performer), in der noch keine umfassende, flächendeckende und damit nicht auch „versorgende“, und wie heute globale und vernetzte industrialisierung vorhanden war.

für meinen gedankengang aber war das obige ehrer marginal. viele projekte und modelle sind vorgeschlagen und ausgearbeitet und müssten nur ordentlich koordiniert und geprüft werden, könnte man denken.

die masse des eisberg-wissens bringt die ahnung an den tag: ich wollte darauf hinaus, dass die bürger der westlichen welt in den vergangenen 50 jahren viel erarbeitet und noch mehr geleistet haben und aber staat(en)wesen zur zeit explizit und demonstrativ zögerlich verharret und die impacts auflaufen lässt, was mehr vermuten lässt als zu vermuten war. mir drängte sich das mittlerweile auf, obwohl ich nicht um diese einsicht gebeten hatte.

ich schreibe immer gern direkt vor dem punkt, muss nochmals überdenken und eine knappere formulierung finden. Sie sind ja öfters hier, falls mir eine bessere erklärung einfällt, maile ich es an die community als post scriptum.-

Anderentags war mir klar, was zu antworten sein kann.

32

Kommentar, 01.02.2011

data base for future of (hu)mankind

(Bezug nehmend auf meinen hier aufgeführten Beitrag 28 (Aufruf) vom 19.01.2011)

ich meinte tatsächlich einen polit-ökonomischen ansatz mit mega-mio-€-“auswirkungen“

(hierzu muss man tatsächlich auch in Berlin-Mitte *impact* sagen)

in vielen lebensbereichen i.w.S. bietet dieser ansatz (approach) möglichkeiten und anwendungen, der volkswirtschaftlichen diskussionen um das aushandeln von allmende-problemen entspricht und

Renate Straetling

Feb 2012

durch meinen faible für ingenieur-orientierte g u t e lösungen von mir so vorgeschlagen und angestoßen wurde.
ist schon in anfängen und über-national in arbeit ..

Und ich ergänzte nochmals eine Erklärung für die Analyse, die mir von Berufs wegen am Herzen liegt.

33

Kommentar, 02.02.2011

und hier das versprochene P.S.

statt populismus und aktionismus und revolte:

volle wirkungskette gestalten und zertifizieren

ich habe hier manchmal aus dem stegreif gemailt und nicht so viel zeit, meine freie meinung als freier bürger auszulegen wie andere, die auf parteiprogramme und deren formeln zurückgreifen.
Also hier das versprochene P.S.

wenn heute bei ungleichen möglichkeiten, die welt zu verbessern, alles schwer wiegend mit allem zusammenhängt, dann muss man die politischen vorarbeiten, die die bürger der vergangenen jahrzehnte geleistet haben und vermutlich noch leisten werden, besser würdigen und politik und gesetz von unten her - für Sie: klammer auf – bottom-up policies klammer zu :-) - , also von der ursache u n d dem wirkungszusammenhang her vollständig umgreifen und ausarbeiten und beschließen.

:-) besser?

Im Rahmen einer Betrachtung von vollständigen Wirkungsketten erschließen sich Arbeit und Wachstum umfassend und konstruktiv! Die Perspektive der Zukunft aller-

Jemand hatte die Geschlechtsunterschiede und Mutterschaft als Thema aufgeworfen, wobei mir schon lange bekannt und bewusst ist, dass der Schwarze Peter für die niedrige (und sinkende) Geburtenrate nicht den Frauen gebührt, sondern den jungen berufstätigen und gut verdienenden Männern in der BRD.

34

Kommentar, 06.02.2011, Meine Antwort auf einen anderen Kommentator

Der D R I F T zur Differenz durch over- und under-performer unter den Bürgern

Ich finde diese Unterstellungen der Unterschiede der beruflichen Befähigungen unzeitgemäß, da großenteils widerlegt, sofern man diese überhaupt unterstellen durfte: Besser als leiblichen Elter(n) eine Lücke im CV existentiell schädlich anhängig zu machen und besser als den Frauen genau dieselben Ansprüche an ihre beruflichen Leistungen und (Un-)Flexibilitäten zuzumuten und dieselben Arbeitszeit(un)flexibilitäten und besser als in böser Absicht zu erwarten, dass Frauen immer das männliche Karriere-Soll unterbieten, ist es doch, nachdem schon überall Grundsteine,

Basisprojekte und Meilensteine da sind, alles schön weiterwachsen zu lassen.

Als Frau, die frei für Karriere ist und alle guten Bedingungen hat, sollte man sich weder verbiegen noch nichts nehmen lassen, wenn man es (entspannt) aushandeln kann.

Fatal, also noch viel schlimmer ist doch aber, dass die Verdienste derzeit überhaupt zu niedrig sind, die Sozialgesetze bei genauerem Hinsehen echte Lebensfällen sind und schlechte Vertragsbedingungen selbst die einfachsten (ersten) Jobkarrieren durch Zeitarbeit und Zeitverträge kaputt machen - und alles Erreichte wieder den Bach runtergeht.

Und, was wirklich schmerzhaft ist anzusehen, dass die jungen Frauen mit akademischen Abschlüssen ab Mitte 20 schon fertig sind mit den Hoffnungen auf Glück und noch schlimmer mit dem Vertrauen in die Gesellschaft und wegen eigener zeitlicher Befristungen nicht einmal einem Partner mit Zeitvertrag folgen (können). -

Müssen wir den Männern nicht auch over-performance vorwerfen?

Denn den jungen Männern scheint es genauso, aber umgekehrt zu ergehen, **da etwa 75% der männlichen Gutverdiener mit über 36.000 Jahresbrutto gar keine Kinder zeugen: Wo ist die Männerbewegung?**

Konsequenzen in einer Gesellschaft, die (fast nur) Technologietransfer mit Abstand vor allem anderen akademischen Errungenschaften bevorzugt: noch mehr Wasser auf Wind-Mühlen?-

Und nun zurück zur Debatte über Armut und Alg II. Mittlerweile mahnten alle die bevorstehenden Wahlen an. Und auch die Berliner stehen für den Wahltag am 18. September 2011 in den Startlöchern.

Jemand hatte mit Unflätigkeit die politische Unwilligkeit der Mitmenschen gescholten:

35

Kommentar, 11.02.2011

Hirn?: CashApp or not!

Ja, wirklich wichtig, Ihre Meinung. -

Man braucht allerdings in gewisser Weise wirklich nicht unbedingt viel Hirn, um entspannt und anständig zu leben und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten kulturell und politisch zu betätigen, es sei denn die Gesetze, die direkt den Alltag tangieren, sind zu kompliziert für ein solches Leben oder auch außerdem zu knapp bemessend. -

Wenn Sie hier zu wenig Hirn vorfinden, dann warten Sie doch auf den Regenmacher, auf Godot, den nächsten Porzellanmacher-Meister, einen Zauberkünstler oder noch einen Leereversprechen-Versprecher.

Es fehlt nicht (nur) das Hirn, sondern meiner Erfahrung nach ein allgemeines, einfacheres und integriertes **Grundverständnis über reale und reelle sozioökonomische Zusammenhänge**, abgesehen davon, dass die meisten, die diese Spar-Diskussionen seit Jahrzehnten kennen, leer und alle sind - ohne neue Wertorientierung.

Und die, die (wieder) partout weiterkommen wollen, sollten die die Gesellschaft stützenden Werte nicht verachten lernen!

Oder brauchen/möchten auch Sie nur ein Cash-App, falls jemals BGE eingeführt werden

sollte?

Sogleich dann wieder sauer auf die Unzulänglichkeiten der Kostenbläh-Politikerschaften:

36

Kommentar, 11.02.2011

Wie sagt man`s seinem Staat?

Mein Eindruck ist, dass die Bertatungsbedürftigkeit der Politikerschaft, die hier aufschlägt, eigentlich nur das überbrückende Warten auf Schönwetter ist, denn zwischen Deskriptiver Statistik und Herrschaftsanspruch gibt`s viel Danebengegangenes, da die Schnittmengen des normalen Lebens nicht mehr untersucht wurden. Man ist nicht verpflichtet, sich privat einen Kopf zu machen, denn man hat ja schon einen - zumal offenbarst keiner sich für kompetente Erfahrungen interessiert.

So wurde endlich am 17. Feb 2011 in einem ganzseitigen Tagesspiegel-Sonntagskommentar von Tissy Bruns angesprochen, was schon lange in der Luft lag. Die Frage nach der Richtigstellung der Regelsätze im Zusammenhang mit der Dauerarbeitslosigkeit der Mütter im Alg II-Bezug wurde von ihr diskutiert und das „Fördern und Fordern“ nachgefragt.

Und festzustellen blieb, dass es mit Alg II nach dem Jahre 2005 anders kam:

1 Million der 2 Millionen Kinder leben von Alg II, 1 Millionen Kinder leben bei 600.000 Müttern, die Alg II beziehen. 1,42 Mio Menschen beziehen seit der Einführung zu Beginn des Jahres 2005 dauerhaft und ohne Unterbrechung Alg II.-

37

Kommentar, 17.02.2011

Die Freiheit der Anderen

Es ist doch ein informativer (Fort-)Schritt, dass zu einem der wunden Punkte der Langzeitwirkung von SGB wenigstens diese Rahmendaten veröffentlicht werden.

Und was schreibt die SZ gestern zum selben statistischen Befund auf dem Titel: „Einmal Hartz4, immer Hartz4.“ Dies scheint die in gewisser Hinsicht weise Devise derjenigen Konservativen zu sein, die die Unflexibilitäten der Väter und außerdem die der Personaler kennen.

Schlagworte über Schlagworte: Schwachmatrik, Abstellgleis, Arbeitsbesitzlose, Selbstgestricktes und gar – ironisch gemeint - *Zwangsehen für Hartz4-lerinnen ...* :-

Noch wissen wir nur die Größenordnung, was aber steckt dahinter? Sind wir alle kalt ignorant, dass wir die Freiheit so vieler konstruktiver Menschen (1 Mio. Mütter) mit 600.000 (Schul-) Kindern (noch) opfern können?

Man wird ja noch fragen dürfen! - Sind wir noch in der Lage auf das schlanke, frei gelebte Leben und das gute, lokale Wirtschaften der Anderen, der lieben Nachbarschaften, der Mitmenschen verzichten zu können? Mir scheint, es liegt weniger an den Kosten als mehr an den Engpässen, die erzeugt werden, weil es nicht einmal mehr die einfachsten Flexibilitäten gibt. Warum bspw. kann

eine junge Mutter nicht job-sharing mit älteren Teilzeitkräften, die nachmittags arbeiten, vereinbaren?

Warum fehlt uns auch in Mitteleuropa die Siesta?

Hier fehlt doch weniger das Geldchen als das Vertrauen in die Gemeinschaft und in die Freiheit, das Leben konstruktiv mit Mut in die Hand zu nehmen und nehmen zu dürfen: **Wenn wir endlich ein neues kodifiziertes Leitbild für das heutige Sozialwesen finden und flexibler lokal an Ort und Stelle füllen!-**

So kam es wie es kommen musste, der Tag der Billigung der Alg II-Reform um die Kinder-Regelsätze u.a. durch den Vermittlungsausschuss war da.

38

Kommentar, 23.02.2011

herdentrieb bringt's an den tag

anstatt die ökonomische situation in armut resp. existenzminimum korrekt in weitsicht auszudiskutieren und auf der basis einer sauberen auffassung über sich verändernde wirtschaftslagen zu entscheiden, werden die kinder verschiedenster altersstufen (die kleinen und die unter 25/U25) auf die von wem auch immer dominierten straßen geschmissen - den freiheitlichen lebensgestaltungen der elter/n entrissen.

da stellt man seinem kind besser dann und wann ein fertigmü hin und isst selber haferflocken als sein kind zum sozialarbeiter für die freiheit von dritten bzw. auch für politische landschaftsgestalter dieser qualifikationen zu machen!

ob die verfestigte dauerarbeitslosigkeit der mütter und die damit verbundenen dauernöte der kinder nebst der vollkommenen und dauerhaften freiheitsberaubung der mütter - mangels fehlender alternativen und außerdem deren kompletter entspargung/enteignung - unsere gesellschaft jemals wieder bereichern werden, muss man nicht offenen fragen anheimstellen angesichts der statistisch belegten deutlichsten befunde.

zivilisationen, die heutzutage die moderne mutterschaft immer noch nicht beherzt, offen und aufrichtig regeln, können nur noch auf die kurzfristigkeit von ökonomischen krisen hoffen.

wenn man (derzeit) 650.000 mütter nebst 1.000.000 kinder !!! a u g e n z w i n k e r n d und rechtlos in dieser paralyisierenden abhängigkeit (nebst von der anderen ministerin weg-definiertem elterngeld) verharren lässt und diesen gleichzeitig jedes weitere unrecht auf abgezockten lokalen märkten zumutet, sollte man als - vor allem deutsche bürgerin und mutter - nochmals auf der weltkarte und im kalender nachsehen.

Sodann kam der Tag der Abstimmung im Bundesrat. Eine halbe Stunde bis spätestens eine Viertelstunde vor dem Beginn der dortigen Sitzung habe ich meinen persönlichen und begründeten und parteilosen Standpunkt als Protest online direkt der Nachricht von tagesspiegel.de zugeordnet dargelegt.

Genau! Genau so!

39

Kommentar, 23.02.2011, etwa 10:45 h

Und das Zeugnis für diese Armut(sauffassung)

Prämissen

1. Armut, die nur ein einziges individuelles Interesse an der vollen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mitwirkung hat, ist ein ökonomischer Tatbestand.

2. Das definierte gesetzliche Existenzminimum ist genau nicht identisch mit dem allgemeinen Armutsbegriff, sondern kann, muss aber nicht, ein Teil der allgemeinen Armut sein. Hierzu müssen andere Maßstäbe her und nicht eine Vervielfältigung der Armutsbilder. Wenn das gesetzliche Existenzminimum die Armutsgrenze (mehrfach explizit) unterschreitet (was auch konstruktiv besehen umgekehrt denkbar und machbar wäre), dann muss es gegen die Inflation dynamisiert sein. Wenn alle lebensnotwendigen Teilbeträge des Regelsatzes das Existenzminimum unterschreiten, muss Disposition gewährt werden. (So wie bei der Einführung von SGBII, ein Betrag, der mittlerweile sang- und klanglos durch die Vervierfachung der Lebensmittelpreise aufgezehrt wurde; anderenfalls trägt die Gesellschaft die daraus resultierenden nicht zurückzahlbaren Darlehen.)

3. Sozialarbeit ersatzweise aufzupropfen, also durch zunächst verweigerter Mittel, dann außerhalb des Armutshaushaltes angebotene Naturalien (womöglich zur Unzeit) anzubieten, erhöht die Transaktionskosten der Armut für alle Beteiligten abträglich. (Und ist meiner Auffassung nach haushaltsrechtlich mit diesem Begründungshintergrund und dieser subtilen politischen Absicht; Menschen in kaum objektivierbaren Ursache-Wirkung-Zusammenhängen zu knebeln und zu knechten nicht zulässig.)

4. Wenn es um die Zusammenlegung aller Erwerbsfähigen (auch der nach BSHG verwalteten) unter einem SGB-Dach ging, dann sollte man das auch so belassen, anstatt einen Blasen bildenden Käse daraus zu machen, der in Jobcentern endete, um dort die Maschinerie für ein Sozialwesen zu kreieren, was es so umfangreich noch nie gegeben hat. Was sich für viele Konservative fahrlässig großzügig anhören mag, ist jedoch eher förderlich (und schützt auch die Gesellschaft vor einer Vielzahl (das muss unbedingt gesagt werden:) nur fingierter Arbeit(splätze)).

Und unsagbar, den verarmten Müttern schleichend die Freiheit zu nehmen und dabei zu verharren und diesen (Müttern, Eltern) dann noch(mals) die Unter-25-Jährigen (U25) zur Last zu machen, die bis auf Null Euro sanktionierbar gemacht wurden: **Die Zeit schien günstig für diesen Keil-**

40

Kommentar, selbigen Tages, nach der Abstimmung um 12:07 h

Das Master-Template ist überfällig!

Der Kita-Bastelbogen muss weg: ein Master-Template muss her!
Neutralität durch Untätigkeit ist nicht mehr zulässig.-

So etwas versteht *natürlich(?)* keiner!

41

Kommentar, 03.03.2011

Header „Demokratie kann manchmal weh tun“

brönciert oder blondiert

sei dahingestellt. jedoch tut es nicht mehr nur weh, sondern ist zerstörerisch an den wurzeln. Die kommentare arten ja schon in manifeſte aus, daher: als ur-autochthoner mitmensch lehne ich es mittlerweile ab, für solche undurchdachten konzepte der sozialpolitik **mit dem leben** gerade zu stehen: klipp und klares Nein!

die frage ist doch angesichts der sich überſtürzenden modernität der zeiten nicht die solche oder solche oder solala-repräsentation durch politiker/innen, sondern deren (natürliche) überforderung angesichts nicht nur neuer machverhältnisse sondern auch vorwiegend global-ökonomischer oktroy, die man nach alter manier und mit alten ansprüchen oder attitüden nicht mehr schaffen kann.

und warum sollten private bürger/innen dafür noch ihr bescheidenes privatvermögen opfern und außerdem mitwirken, wenn gleichzeitig der nationale sachverstand nicht einmal mehr durch forschungsinstitute bewältigbar erscheint? wenn unsere hauptstadt sich weiterhin so gespalten schwer tut und blockiert, die (sozial-)verträge in ihren (hunger-)auswirkungen zu durchleuchten, kann man bald nicht einmal mehr nur mit dem restvermögen, **sondern auch nicht mehr mit dem leben „bezahlen“**; übrigens: wie gut für wen eigentlich?

wir brauchen nicht (nur) parteien mit kalkül auf der impact-skala, wir brauchen offenbar a u c h höchsten (minderheiten-)sachverstand der unabhängigen, **die unschuldigerweise nichts bezahlen müſs(t)en!**

42

Kommentar, 05.03.2011

Header „forscher-sehen-tiefe-kluft-auf-dem-arbeitsmarkt“

coup de foudre

offenbar benötigen wir nagelneue arbeitsmarkt-experten, solche, die nicht mehr aus ethikfehlern lernen möchten, sondern das fehlende konstruktive mittelnde leitbild und die explizit neu eingereichteten lücken des SGB-apparates kennen. jemanden in den ersten arbeitsmarkt (zurück zu) integrieren kann ohnehin nur das einzig zulässige legale ziel dieser behörden sein anstatt sozialfälle durch alle päppelnden instanzen laufen zu lassen, um die wuchernde freiberuferschaft im sozialwesen zu nähren.

aus fehlern zu lernen, nicht nur als gebildetes individuum, sondern auch als entwickelte gesellschaft, ist schon immer das richtig falsche, was man sich und anderen zumuten kann (statt aus der theorie und dem richtig-richtigen, meine ich hier.)

seit jahrzehnten werden diese daten zur sich vertiefenden kluft in 100er-schritten der zählung beobachtet und dann und wann publiziert..., während politiker zusammenfassend die größenordnung dramatisieren.

Renate Straetling

Feb 2012

jede/r, der nunmehr nur noch auf den vermeintlich alles heilenden aufschwung wartet, und diese bedürftigen dem womöglich nur zufälligen, aber ein ganzes bürgerliches Leben für ein Leben lang vernichtenden Formfehler des Sachbearbeiters anheimstellt, hat noch nicht verstanden, was moderne Menschen alles leisten, wenn sie nicht (nur) jeden Tag from nine to five im Office verbringen. - Der Sachverstand besteht darin, die Zusammenhänge zu verstehen und die Domino-Effekte auf den zusammenhängenden, bröckelnden und außerdem daneben neu entstehenden Märkten. ... **latein am ende!**

43

Meine Notiz, 06.03.2011

Ein konkretes Loch ist im echten Eimer. Ein echtes Loch. - Und wer das reformierte SGB abstimmt und unterzeichnete, sprengt das Loch im Eimer nach unten durch! Hier geht es um nachweisbare physische Schäden am Menschenleben und nicht um Kollaterales!

Kaum ist das eine Kostenthema abgesagt, steht das nächste zur Diskussion.

Da gibt es Schlauberger, die zahlen an ihre Wohnungsgesellschaften horrend Mietanteile „Renovierungskosten“ während der Mietzeiten, um das anschließende Endrenovieren nicht bar in einer Summe begleichen oder beim Amt beantragen zu müssen.

Da freut sich jeder, der das direkt und indirekt auf die Staatskasse abwälzen konnte, während andere unschuldigerweise über verzerrte Mietspiegel stolpern und bei Neuvermietung überhöhte Neumieten vereinbaren müssen.

Glücklicherweise war mittlerweile das Thema Höhe der Sozialmieten und Mietpreisentwicklung nach dem Gesetz und die Handhabung der Kappungsgrenzen dazu schon von den Berlinern zur Reformsache erklärt worden!

44

Kommentar, 07.03.2011

ääähm: Geld schneiden oder selber drucken

Wenn die bspw. Degewo 650 €/Jahr nur für Schönheitsreparaturen pauschal und zusätzlich einzieht, dann wären das $650 * 5 \text{ Jahre} = 3250 \text{ €}$ nach 5 Jahren. Und obendrauf noch die Kaution über bis zu 3 Monatsmieten, also vielleicht 1000 oder 1500 €! Bei einem Stundenlohn von 15 € Brutto wären nach 300 Arbeitsstunden eine Summe 4500 € aufgebraucht: 7,5 Wochen in Vollzeit: ???

Aber wer verohnt seine vielleicht 80 qm Wohnung so sehr, dass quasi Sanierung an Wänden, Fenstern und Türen in dieser Höhe zu begleichen wären? Da hätte man ja randalieren dürfen....

45

Kommentar, 08.03.2011

Ein Ketteracher-Bonus

Renate Straetling

Feb 2012

Selbst wenn Sie nur "angesparte" 3000 € auf 5 Jahre ansetzen und die Kaution als Sicherheit für andere Risiken des Vermieters herausrechnen, kommt man bei einem Stundenlohn von 30 €-AG-Brutto auf 100 Arbeitsstunden = 12,5 Arbeitstage in Vollzeit = 2,5 Arbeitswochen resp. 2 Handwerker a 30 €/Std. je 1,25 VZ-Arbeitswoche: für Wände, Decken, Fenster und Türen in einer nur 80 qm-Wohnung oder in einem 50-qm-Apartment mit 5 Fenstern und 5 Türen?

Zurück zum *kranken* Thema Kinderarmut

46

Kommentar, 17.04.2011

big business by over-doing of under-performance

Bei allem Respekt vor Politik wie sie sein müsste, diese Art der dauerhaften und pressewirksamen Arbeitsbeschaffung für Ministerielle geht zu weit. Und dafür noch die kommunalen Spitzenverbände durch die Republik kutschieren?

Alleine **diese Versuch-und-Irrtum-Praxis gegenüber abertausenden Kindern** ist moralisch nicht tragbar, zumal auch erkennbar ist, dass das amtliche Verfahren überteuert und damit verlogen ist.

Es gibt nichts Besseres, als die Armut nicht zu verkomplizieren und lebbar zu gestalten, so dass Menschen sich aus eigener Kraft auch wieder herauswinden zu können.

Sicherlich ist es gut, gezielt und stringent Meinungen und Erfahrungen von Bürgern einzuholen; nur hier mangelt es an der normalerweise tiefen staatlichen Einsicht in schlanke Lösungen für normale und einfachste Lebenszustände - die Solidität vorausgesetzt: **Staatliche Schulpflicht bedingt, dass das Verwalten der z.B. Hefte in der direkten Verfügung der Erziehungsberechtigten verbleiben muss!**

Wenn man weiß, was i.A. mit der boomenden Konjunktur kommt, dann darf man vermuten, dass **hiermit der neue Bodensatz an Dauerarbeitslosigkeit par force verfestigt und zusätzlich kreiert wird** (z.B. die alleinerziehenden Mütter seit 2005, amtlich statistisch nachgewiesen und auch hier publiziert), mit dem weitere Arbeitsbeschaffungen für Ministerien, deren Referenten und Sozialforschende geschaffen werden, um dies dauerhaft pressewirksam weiterzu"bewirtschaften"!-

Ent-Lügen wäre besser als diese vertrauensschädigende, antik anmutende Misere: echtes big business, die einen zu unterdrücken, damit zudem die anderen besser kuschen, vor allem solche jungen Frauen, die auch gern Kinder hätten.-

Schrecklich.

Ich hätte nie geglaubt, dass es wirklich zum Weglaufen werden würde.-

So kam der Tag, an dem ich es selber nicht mehr fassen konnte.

47

Kommentar, 17.04.11

Der Öffner zur Konserve

Es ist chaplinesk, wenn man sich vor Augen führt, dass man den Ärmsten nicht - ohne Alternative auf Nahrung - verschweißte Konserven geben darf, ohne den Öffner dazu

mitzuliefern. Wenn man Wohnungen vergibt, ist man verpflichtet, alle dafür passenden Schlüssel beim Bewohner abzuliefern. Wenn man Fahrtkosten ermäßigt vergibt, muss man dafür Sorge tragen, dass die Sitzplätze dennoch gleichberechtigt in Anspruch genommen werden dürfen. Und wenn man Lebensmittelspenden vergibt, muss man sicherstellen, dass diese gesund sind und nicht schädlich, nicht verschimmelt.

Oder muss man heutzutage das fragende Oder am Ende dieser Behauptungen wieder hinzufügen?

Schon vor etwa zwei Jahren an dieser Stelle habe ich schon mehrfach vorgetragen, dass Spitzenpolitiker, allesamt, **das Existenzminimum ihrer Nationen und dessen Handhabung** kennen sollten - anstatt sich mit unverifizierten Lösungen pressewirksam hervorzutun, und nun auch noch blondiert im Wettbewerb um Gutscheine, Cash oder Naturalie.

Wenn jemand z.B. 30 ausgeteilte Konserven für 30 Tage erhält, dann benötigt diese Person 1 Öffner gratis bzw. sogar einen Ersatzöffner, anstatt diese Menschen zu nötigen, den alten und vielleicht einzigen Schuhanzieher mit Hammerschlägen zu verbiegen, um an die verkapselten Kalorien heranzukommen.

Wenn man den ärmsten Eltern in Deutschland die Schulhefte aus dem Regelsatz der Kinder explizit herausrechnet, dann muss man das Heft zum Kind bringen, anstatt die Eltern zu nötigen, den Suppentopf, in der vielleicht dritten Monatswoche - den womöglich letzten Eintopf des Monats - auf dem Herd verschmurgeln und verkokeln zu lassen, weil Engpässe in der lokalen Behörde zu unerwarteten Wartezeiten führen.

Wie auch immer man die Armut „gestalten lässt“, es ist umständlich, und ich hätte nie damit gerechnet, dass die Eltern sich außerdem möchten nötigen lassen, dafür 4 oder 5 oder mehr Stunden in den Warteräumen zu gammeln, also die multi-fach lebensnötige Zeit (des Sparens) abzusetzen.-

Einer der Kommentare sprang mir ins Auge, da er doppelt ignorant war gegenüber denjenigen, die als Freiberufler nicht glauben dürfen, man könne für seine Schulkinder Wunder vollbringen, sondern wissen, dass alles nur, wenn schon nicht aus Nettoverdiensten heraus, dann doch der Wirklichkeit eines 24-Stunden-Tages in krakenartig-fleißiger Sparsamkeit entspringen muss.

Ein Kommentator meinte, seine Arbeiter-Eltern hätten es auch in Bescheidenheit geschafft, gute Erziehung zu gewähren und obendrein auch Boni an die Kinder wie Tanzstundenunterricht und Fahrstunden zu gewähren, warum nicht dann auch die ebenso hoch einkommensbemittelten Alg II-ler?

48

Kommentar, 17.04.2011, Antwort auf einen anderen Kommentator

Hoch-edle Verständnisse

Ihre besonderen und hoch-edel erscheinenden Verständnisse des heutigen Gefüges der Regelsätze von max. 364 € per Haushaltsvorstand und Monat nach SGB-Kodex und dem alles heilenden eisern(st)en Willen von Eltern, davon Tanzstunden, Pianos, Auslandsreisen und PKWs abzuknapsen, anzusparsen, durch Fleißarbeit zu veredeln und - ohne jemals zwischendrin Not und Umzüge gehabt zu haben-, später nur an das Kind auszuzahlen, werden wir an dieser Stelle nicht aufklären können.

Mittlerweile war der Wettbewerb zum Einheitsdenkmal entschieden, es war der zweite Anlauf des Wettbewerbs, nachdem der erste enttäuschend und unentschieden ausgegangen war.-

Ich bemerkte zum Entwurf für ein WV-89-Denkmal schon einmal: *ein Guck-Mal* hätte vorerst auch genügt!

Vor dem Hintergrund befahl mich die Muse anfallartig, als ich eine Pressenachrichtigung fand, demnach man nun auch die Aufwandsentschädigungen für die Ein-Euro-Jobs kürzen wolle.

49

Notizen, 19.04.2011

JOBLOGIE mit Folgen oder

I-atz in the city!

Da freut sich doch **der Kostengott** und ebenso seine Gemahlin, Göttin Serpula, nebst ihren 15 Prinzessinnen, und sie hüpfen auf dem Bananenblatt hip und hop und quietschend vor Freude, schick uffjebrezelt - hinter sorbetfarbenen Fassaden – die Sonnenbrillen der angesagten Marken nicht zu vergessen.

Mit EEJ geht und ging allet besa, wa?! Auf dieser Banane der Konkludenz, dieser schwingenden Kulturbanane, dieser Halfpipe für jeden, aber auch jeden Touri der Stadt kann man bald historisch korrekt die Buchstaben A und S durch I und E und die anderen Lettern namens L, O, V und K durch B, O, J, R. E + B ersetzen; Ausrufezeichen jibts gratis obendruff.

Kostenvoranschlag:

Für knappe 4 EEJ-Arbeitsstunden (150 : 80) a 1,875 € macht

summasummarum schlappe **Siebenuffzich (€)**.-

Also, denken Sie, bitte, nicht, dass ich Berlinern könnte, aber man schnappt schon mal was auf.

Zum Beispiel bekam ich in meiner Studentenzeit den schlagfertigen Spruch einer Berlinerin, die sich über Unverständnis äußerte, zu hören, der mir trotz allem nach damals nur wenigen Jahren in Westberlin einleuchtete:

Einbildung ist auch eine Bildung!

Tja.

So geht es mir mit den hiesigen Grundeinstellungen zu Kosten ohne ganzheitlich-wirtschaftliche Betrachtung.

Aber Berlin ist ja mittlerweile chic+fein raus ... und keiner hat's jesehen, wa?

Renate Straetling

Feb 2012

50

Kommentar, 19.04.2011

Geschüttelt und zerrüttet

Wenn man richtig hinschaut, geht es offenbar **nur um die Berichtigung der internen Hackordnung**: Warum sollte ein EEJ-Jobber (EEJ, Ein-Euro-Jobber) mehr verdienen als jemand, der einen fingierten (Sozial-)Arbeitsvertrag (beispielsweise ohne volle SV, also ohne z.B. AV) ergatterte oder Geringverdiener ist?

Mit 150 €/Monat liegt der Zuverdienst des EEJ-ler unter dem desjenigen, der mit seinem 400 €-Jöbbchen heimgeht und dann 160 €/Monat zuverdient. **Ditt is` doch schon mal `was!**

Diese **heidnische Kosten-Kultur** findet doch kein Ende mehr. Frei nach dem symbolisch vorgeführten **gridded-banana-leaf-principle** wird nun immer wieder alles neu durchgemischt: ein bisschen mehr Weniger, ein wenig mehr Mehr, mal ein anderer Parameter und vielleicht noch die Stechuhr an der Privatwohnungstüre mit vielleicht übergebenen nur 2 von 3 passenden Schlüsseln.-

Wie weit das fast 100 Jahre andauernde Geschüttel, Zerrüttel und Verrühre der Sozialreformen immerhin den Beamten-Dauer-Schlaf spart und wie effektiv das wirklich ist, weiß ja keiner.-

51

Kommentar, 20.04.2011

Header: Was sich jetzt bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ändert

- Frau vdL, die Ministerin, ließ vermelden, dass man das schier unübersehbar an der Zahl reiche arbeitsmarktpolitische Instrumentarium auf nur noch etwa 100 Maßnahmen zusammengeschrumpt habe. Aha.

Man muss auch einmal ein Lob aussprechen!:

Wir sinn doch keene Unnmänsch`n, sagt der Berliner.

... gerührt

aufräumen ist gut
entrümpeln ist besser
paradigma wechseln ist am besten

Das war sicherlich eine Menge Mühe an den Datenbanken! - Dennoch lässt sich nicht übersehen, dass ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik überlebensnötig ist, und zwar auf beiden Seiten von Einnahmen und Ausgaben zur Sache, um den Schaden an der Gesellschaft von Grund auf zu minimieren.

Es ist nicht mehr angeraten, wie seit fast 100 Jahren alleinig das Prinzip der Arbeitspflicht zu bemühen, um wie **damals in den 20ern die jungen „Wandervögel“** ohne Kompensation durch den Staat **auf Kadavergehorsam** einzuschwören oder allgemein gesagt, in Instrumentarien herumzustochern und diese zu blähen, wuchern zu lassen und **unübersehbar zu variieren** und die betroffenen gemachten Menschen damit bis zur Unkenntlichkeit zu belasten. (Hier sei an die aktuelle Gesetzeslage, die ähnlichen § 31 und § 31b SGB II erinnert!)

Renate Straetling

Feb 2012

Ich habe eine **volkswirtschaftliche Formel** im Kopf, die man finanzwissenschaftlich im Koordinatensystem begründen kann, die fast alles-heilend und sanktionsfrei dem Problem der Dauerarbeitslosigkeit entgegenet, aber eine Formel ist, die man dennoch und trotz aller Empathie nicht verschenken darf. - **Was mich aber wirklich a u ß e r o r d e n t l i c h schockiert (das habe ich hier in der online-community in den vergangenen etwa 650 Tagen schon mehrfach angefragt) ist, dass unsere ministeriellen Beamten diese verursachungsgerechte Finanzierung aus dem theoretischen Instrumentenkasten kennen müssen. Insbesondere gegen die Verhärtung des Bodensatzes der Dauerarbeitslosigkeit mit anziehender Konjunktur ist dieser besondere Steuertarif, der verursachungsrecht greift, nicht zu verachten!**

Und so kamen die Ostertage 2011, sie kamen nach dem Kalender ohnehin, aber Ostern brachte (über Berlin) Kaiserwetter. Und um die gute Laune noch zu heben, gab es die wolkenlose Vorschau auf die kommende Konjunktur obendrauf. Heiße....

52

Kommentar, 22.04.2011

die laune, die wippe, der pool und big splash

Die gute Laune bezieht sich oftmals nur auf die pressewirksame Grafik und den lauernden Frosch im Glas.

Wenn man weiß, dass man nicht als Jurist/in, **sondern als ökonomisch entwerfender Ökonom** das Preiswerte an allgemeiner Freiheit und Handlung rahmt und untermauert, muss man unterstellen, dass es **runde, verursachungsgerechte konsistentere Finanzierungssysteme** (daneben gibt es auch die entmarktliche De-Kommodifizierung) für Wachstum durch Energiewende zu erstellen gilt, die in der Theorie schon seit Jahrzehnten gegeben und anerkannt sind.

Juristen im höheren Dienst müssen in der Lage sein, dieses mathematische Fachwissen in Form von aktuellen öffentlichen Gutachten anzufordern.

In diesem Sinne: Frohe Ostern mit 20+zwei langen Hasenohrenspitzen!

Und nun kommen wir zum Kern der Chose. Zum wirklich harten Kern der bitteren Wahrheit.

Herr Martenstein mit dem Kommentar auf der Titelseite der Sonntags-Printausgabe des Der Tagesspiegel vom 24. April 2011 war so stolz auf seine wohlmeinende Ansicht, dass wir alle mit wenigen und schmerzlosen Mehrkosten von weniger als 2 €/Monat und Person die Energiewende leisten könnten.

Und was fällt mir dazu ein/auf?

53

Kommentar, 24.04.11

1 Klicks, Gegenklicks

Viele Menschen benötigen eben erst einmal extensiv viel Zeit für z.B. hunderttausende abgefahrene (Stau-)KM, um ein erstes gutes Buch zu finden, das sie nur bei Tageslicht lesen möchten, oder einen Gedanken über gute oder schlechte Rück- und Nebenwirkungen von Entscheidung zu ver(sch)wenden.

Und Datenbanken sind gefräßig, alleine durch das voreingestellte Runden.-

Jo, jo, es gab schon so sehr viele Studierende, Promovierte und Preisgekrönte, die sich den Kopf darüber zerbrachen, wie man vernünftig und strategisch richtig ökonomisch&ökologisch zum Schutz der Allmende handeln kann.

Und die Ärmsten von allen würden doch beim Öko-Anbieterwechsel wegen Verschwendung angezeigt und müssten allesamt abertausende stromintensive PC-Stunden aufwänden, um eine kollektiv sinnvolle, aber eigenmächtige Schandtat gegenüber der Behörde wieder geradezustellen.- Oder wäre es behördlicherseits statthaft, solche gemeinsam optierenden Rabatt suchenden Stromverbraucher mit einem Gegenklick ins gute Lager zu transferieren?

54

Kommentar, 24.04.11

2 Ökowende durch 104.400.000 €/Jahr für Zusatzhunger

Wenn ein Alg II-Empfänger (alle, inklusive Kinder, Aufstocker usw.) zum billigsten Ökostromanbieter, wie von "radikaldemokrat" (25.4.11 09:43 h) benannt, wechseln dürften, dann zahlt dieser als Single oder Haushaltsvorstand bei sparsamstem Verbrauch von 1500 kwh/Jahr $1500 * 0,2052 \text{ Cent/kwh} = 307,80 \text{ €}$; plus 76 € Grundgebühr macht Endsumme 383,80 €/Jahr; per Monat = 31,98 €. - **Bei Strompreis-Steigerungen noch mehr Zusatzhunger!**

Mit 31,98 € übersteigt dieser Stromverbrauch die aktuelle Regelsatzkategorie "Wohnen, Energie und Instandhaltung" in Höhe von 30,24 € um 1,74 € per Monat, was 20,88 € im Jahr entspricht.

Also: Wir produzieren bzw. erhalten als Politik-Service/Produkt bei 5 Mio Alg II-Empfängern eine Größenordnung **104.400.000 € Zusatzhunger**, der vom Regelsatz durch jeden Einzelnen abgeknabst/erhungert werden muss, plus Abermillionen (Oster-)Feuerchen allerorten, da Möbel, Pinselstiele und Tapeten verheizt werden müssten, da diese zum Ansparen und Verbrauchen doch nicht zur Verfügung stehen.

(Ver-)Heizen wie Annodunnemal!

Im Übrigen kann das jedes Grundschulkind nachrechnen, wenn es - mit oder ohne BuT - das Sachrechnen erlernte!

55

Kommentar, 24.04.11

3 Der rote Rechen-Tapsi und die feuerfesten Hörnchen

Im Detail sieht es nach **Adam Ries** so aus, dass auch z.B. Vattenfall ab 01.01.11 für 1 kwh Berlin Kompakt Privatstrom 21,56 Ct/kwh (brutto) nimmt. Das impliziert, dass wir zwei fingierte Positionen im Regelsatz haben, die ohnehin schon um ca. 1,50 € per Monat als Gesamtkategorie vom Alg II-Empfänger/Sozialhilfeempfänger her besehen **unter**-schritten sind, d.h. hier tritt – **bildhaft - jeder Empfänger schon mit gespendeten 1,50 €/Monat in Form von Zusatz-Hunger und/oder Naturalabgabe Trödel, Tapeten und Werkzeuge an den Staat ab.**

Wie - so oder so, mit oder ohne Ökostrom - dieser tückische knallrote nackische Fehler-Deibel mit feuerfesten Hörnchen und stahlharter Forke am BVerfGer und sogar am Bundesrat vorbeispielen konnte, steckt im Detail, denn auch mit heutigem Normalstrom gibt es faktisch **keine** Regelsatz-”Pauschale 4” (von 12 Kategorien „Pauschale“ aus ca. 361 €/Monat) “Wohnen **u n d** Energie **u n d** Instandhaltung”, denn alleine die Strom-Energie-Rechnung (durchschnittlicher Normwert 1500-1600 kwh per Person/per Jahr) übersteigt diese Pauschale 4 in der Gesamtsumme.

Ob der Staat diese ca. 710.000.000 € per Jahr bei den Alg II-Empfängern und normalen Stromanbietern belassen möchte oder umschichten möchte zugunsten einer ökologischen Energiewende, kann man nicht mehr dahingestellt sein lassen: **da müssen gestaltende Fachleute ran (statt aufgestiegene Sozialarbeiterinnen).**

Dass man viel gute Optik für die oberkorrekten Fußnoten der viellesenden Verfassungsjurist(innen) benötigt und als Ökonometriker/in ein scharfes Lineal nebst gerade gehaltenem Skizzengriffel über dem Millimeterpapier ist schon lange bekannt.

Das Nachrechnen von angeordneter Armut auf den neuen Strommärkten mit ca. 10 Millionen-Stromnutzer-**Bremseffekt** für per-Jahr-milliardenschwere Basisinvestitionen würde aber keine Sonderausstattung oder Airbags voraussetzen.

Aber das entscheidet nicht der meinende Bürger.-

Nebenrechnung: Stromsteuer nach StromStG vom 01.4.1999 (über Hauptzollamt)

2,05 Cent * 1,19 = 2,4395 (2,44 Cent)

2,44 * 850 = 20,73575 (per Jahr)

2,44 * 1500 = 36,60 € (37 : 12 = 3,05 € per Monat)

1500 * 21,5 = 322,5

Differenz durch Mehrwertsteuer 19 % = 61,275

36,60 + 61,23 = 97,875

98 : 12 = **8,16 € per Monat (98 € per Jahr) nur für MwSt auf Strom bei 1500 kwh/Jahr-**

auch für Alg II-Empfänger.-

56

Meine Notizen, 24.04.2011

Arme Stromkunden, reicher FinMin: Oder das Blechen mit besteuertem Hunger

Letztendlich bezahlen bereits jetzt schon viele Millionen Menschen in Deutschland ihren **bescheidensten** privaten Energieverbrauch **mit faktisch besteuertem Hunger**, d.h. zusätzlichem besteuertem Hunger: **Welche Stabilität bringt dies für neue (Öko-)Strommärkte**, wenn Viele

sich nicht einmal mehr trauen (dürfen), zwischen zwei Arbeitsverträgen und den behördlich angeordneten Umzügen den Stromanbieter zu wechseln, da ständige Preiserhöhungen nicht ausgeschlossen sind und außerdem durch die Unstetigkeit gerade der lokalen Verbraucher nicht stabilisierbar sind.

Kalkulieren und international buchhalten kann ich auch, aber wie auch immer die Preise und die Preisentwicklung für Stromkunden zustandekommen, so ergibt sich **für schätzungsweise 10 Millionen von fast 40 Mio Haushalten resp. Stromkunden** wegen Sozialtransfers und anderen geringfügigen und geringen und /oder unsteten Einkommens **die ober-absurdeste Situation**, dass diese über 21 € /Monat Energiekosten zum z.B. Kochen hinaus mit besteuertem Hunger bezahlen (ca. 40 % staatliche Steuer inkl.), obwohl der allgemeine, durchschnittliche monatliche Mindestverbrauch bei nur 1500 kwh Stromenergie angesetzt wird, der heute schon bei i.A. allermindestens ca. 31 € x 12 (= 372 €) pro Jahr zu veranschlagen ist, wohingegen nur 252 €/Jahr im Alg II-Regelsatz (Differenz zu Lasten des Alg II-Empfängers ca. 120 € per Jahr) angesetzt werden.

Das Problem ist hier das gewollte und ungeprüfte Gefüge des Regelsatzes, in dem keiner der Bedarf-Kategorien ausreichend ist, um den Bedarf bei normal-billigen Marktpreisen zu decken, so dass jede nötige bescheidene Disposition nur zu Lasten einer anderen Kategorie "erkauft" und aufgeschoben wird und dies meist und letztendlich oft nur zu Lasten der "Ernährung = Zusatz-Hungern", denn die 128 €/Monat für Lebensmittel reichen ohnehin von vorneherein nicht aus.-

Auf alles nach EVS nur den Prozentabschlag zu rechnen, ist grob fahrlässig und volkswirtschaftlich abträglich.

Was kann man auf solchen Strommärkten und von einer Ökologiewende erwarten, die die Menschen zu unwirtschaftlichen Verrenkungen im Alltag nötigt?

Was können wir von einer Energiewende erwarten, wenn Millionen Kunden unflexibel sind gegenüber neuen Verträgen und nicht einmal aufwänden können, was sie als **Hilfe zur Selbsthilfe als unterste und unerlässliche Stufe aller Subsidiaritäten im Staate** benötigen, nämlich für das Blanchieren des Gemüses, für die bescheidene Gemüseküche daheim?

57

Notizen, 25.04.2011

This is the point: BuT versus Hilfe zur Selbsthilfe!

Ich habe nochmals über das BuT-Paket nachgedacht und die Eckdaten gegengerechnet.

A.

Für das Jahr 2011 stehen 620 Mio € zur Verfügung.

Wenn 1300 neu eingestellte Angestellte für BuT vorgesehen sind, lassen sich (mindestens 2.500 € Bruttomonatsgehalt x 12 Monate) x 1.300 neue JC-Angestellte = **39.000.000 €** für das Jahr 2011 alleine für Personalkosten veranschlagen. Demgegenüber können 2,5 Mio Berechtigte (hier: Eltern und Kinder) mindestens

Renate Straetling

Feb 2012

zusätzliche 10 € per Monat BuT beanspruchen.

**Das heißt (39 Mio € : 2,5 Mio Berechtigten) ergeben 15,60 € reine Personalkosten je Verwaltungsakt für 10 € zu beantragende und außerdem zu bearbeitende Leistung(sberechtigung) auf individuellen Zusatz-Antrag neben den anderen Regelsatzbescheiden.-
Mehr fällt mir dazu nicht mehr ein! UNFASSBAR!**

B. Was den Strom der Alleinerziehenden angeht, fiel mir noch etwas auf. **Da die Bundesregierung eiligst die Warmwasserkosten als Mehrbedarf anerkannt und rückwirkend per 01.01.2011 hat auszahlen lassen**, habe ich dann nochmals nachgerechnet.

Die Alleinerziehenden erhalten je Haushaltsvorstand ca. 24 € Haushaltsenergie (i. A. Strom). Geht das Kind nun dort zur Kita oder zur Schule, wo der Erziehungsberechtigte **1 € Eigenanteil je Mittagessen je Kind** zahlt, so rechnet sich der Energieanteil des Schulkindes so:

Eltern/-teil (als Haushaltsvorstand): 24 €/Monat für Stromenergie

$24 \text{ €} \times 12 = 288 \text{ €}$

$288 \text{ €} \text{ minus } (72 \text{ €} \text{ plus USt } 19\% =) 85,68 \text{ €} \text{ (brutto Grundpreis)} = 202,32 \text{ €} \text{ pro Jahr netto.}$

202 € : 0,22 €/kwh ergibt 920 kwh möglichen, potentiellen Jahresverbrauch, wenn man 220 kwh für das Standby der Geräte wie Kühler und Telefon abzieht, hat man 700 kwh für 365 Tage, also 1,92 kwh per Tag zur Verfügung. (Was macht man damit?)

Mehr noch: Das Schulkind zwischen dem 7. und dem 14. Lebensjahr beansprucht einen Regelsatz von 242 €, also anteilige 15,23 € für Energie.

Unterstellt man dem Kind nur Verbrauchskosten beim Strom und einen persönlichen Verbrauch von 1 kwh per Tag (Musik, Handyladen, Fernsehen, PC u.ä.)(ca. 7,70 €/Monat bei 0,22 € per kwh) dann verbleiben dem Alleinerziehenden 7,53 € Anteil des Kindes für die gemeinsame Haushaltsführung, also

$23,81 \text{ €} \text{ plus } 7,53 \text{ €} \text{ macht } 31,34 \text{ €}.$

Sieht gut aus, ist aber perdu, denn der Alleinerziehende muss die verbleibenden 7,53 € Stromanteil gegen die 20 € (4 Wochen a 5 Kita-/Schultage je 1 € Mittagessen verrechnen), so dass der Alleinerziehende 13 € verliert, was seinen eigenen Strombetrag mindert oder die anderen Positionen des Kostgeldes. **Kaum zu fassen, dass das Loch in der Haushaltskasse des Alleinerziehenden dann dadurch größer ist als vorher! (Das ökonomische Prinzip dieser sozialen Kostenrechnung muss man sich rechnerisch vor Augen führen, um den ganzen Zynismus zu kapieren!)**

Was mich stört ist, dass weder die Familie geschützt wird noch die Disposition dafür, da alle Regelsatz-Positionen zu knapp bemessen sind.-

Und: Manche Mütter müssen den an Sie gezahlten Mehraufwand verwenden, um Mieterhöhungen zu überbrücken, die erst mit z. B. einer Veränderung bei einem familiären Pflegefall oder z. B. dem korrekten, sozial verträglichen Schulwechsel des Kindes wieder entfallen (sollten).-

Meine gesamte Argumentation geht nur dahin zu sagen, dass ein insgesamt zu sehr zu gering bemessener Regelsatz und ohne Disposition über die allesamt lebensnotwendige Kategorien wenigstens die letzte Hilfe zur Selbsthilfe – wie hier das eigenständige Kochen für die Familie schützen und sichern muss.

Renate Straetling

Feb 2012

Also: Nur volle Stromkosten und vermutlich auch nur volle ÖPNV-Kostenerstattung schützen unsere Volkswirtschaft vor dem ansonsten unverantwortbarem Risiko, die Ärmsten zu falschen Alltagsdispositionen mit fatalsten Kostenexplosionen zu nötigen!

Dies muss man auch von einem BGE erwarten, denn die letzte Disposition über die Selbstversorgung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe muss schlüssigerweise auch beim Leistungsempfänger verbleiben.

Mehr wollte ich nicht mehr dazu sagen (müssen).-

Was jedoch schockiert ist die volkswirtschaftliche Größenordnung der über schädliche Einschränkungen vermittelten Nöte und Restriktionen der Märkte, die sich auch und leider vor allem bei der meiner Generation so wichtigen Öko-Energiewende, die, an der wir unsere Herzen hängen, als Engpassfaktor auswächst.-

58

Kommentar, 01. Mai 2011

Neue Märkte finden

Ich habe mir mal gewisse Gedanken darüber gemacht, ob man Schulkindern das Bilderbuch „Frederick“ von Lionni vorlesen sollte, weil in dieser Geschichte die ganzjährig faule Maus als Star der Winterzeit der verfohrenen Mäusewelt hervorgeht. Kicher.

Ein **neuer Arbeitsbegriff** ist seit 30 Jahren überfällig, als er erstmals in Frage gestellt wurde. Denn Arbeit ist auch heute nichts weiter als der dem mit Renditeziel tätigen Kapital zugeordneter ökonomischer Faktor, und so auch in der Sozialwirtschaft.

Wenn neue Märkte erfunden werden müssen, verfallen eben alle Werte, die soweit nicht integriert werden, und wer Beschäftigungsprogramme fordert, meint eben Beschäftigung mit mittelfristigen Verdienstchancen, die gleich wieder sukzessive vom Staat zurückgeholt, abgenötigt oder gekappt werden.

Ein neuer, aber absurder Markt wäre, gesammelte Daten auszuwerten, wobei sogar professionalisiert würde, zu ergründen, warum jemand, der an einem öffentlichen Hotspot surft und die aufgeschnappten Stichworte der Cafehaus-Tischnachbarn online nachschlägt. Und erst richtig teuer bezahlte Berufsarbeit wäre die Tätigkeit desjenigen Kripo-Beamten, der belegen muss, dass genau dies ein Beweis für ein Verbrechen ist, das der Surfer aber nicht begangen haben konnte, weil dieser sich zur Tatzeit in einem nicht von der Datenschutzbehörde erfassten **Funkloch** aufhielt!- Zum Beömmeln, aber mögliche Wirtschaftsrealität.-

Vermutlich wird keine Person, die genötigt ist, Arbeit anzubieten, einen neuen Begriff der Arbeit begründen können, da Arbeit mit (fast) allem wie auch immer zuträglich verwoben ist, und die rettenden Philosophen nicht berufen werden (können).-

Sarkasmus: „Endlich“ haben wir mal wieder Rambozambo; so Manche sehnen sich ja nach schlechten amerikanischen Verhältnissen. In einem Jobcenter in Frankfurt/Main wurde eine

etwa 40-Jährige vom herbeigerufenen Wachdienst erschossen, da sie ein Messer zückte.

59

Notiz, 19.05.2011

TheDayBefore

Und da haben wir wieder einmal mit Blick auf die noch dramatischeren Verhältnisse „ÄAction“ imitiert und dargeboten bekommen? Manche Leut` sehnen sich nach irgendeiner, egal welcher Art von Katharsis....

Es fragt sich doch, auf welcher Seite der Beteiligten die höhere Spannung aufgebaut und abgelastet wurde und wird. Man darf den existentiellsten Druck durch teils schlechte Rhetorik und halbfertige Informationen und Aufklärung durch nicht-verbeamtete Angestellte nicht außer Acht lassen, der in solchen Situationen aufgebaut wird.

Aber schlimm genug, dass eine 40 Jahre junge Frau ihr Leben für unseren waltenden **Kostengott** lassen musste.-

Man sollte sicherere Schalter einrichten, - mit oder ohne Stäbe - an den Theken des sog. Kundenservice, mit oder ohne Fon-Übertragung, um wenigstens weitere Tötungen auszuschließen.-

Und was das Internationale angeht, so haben uns die jungen Spanier doch positiv erstaunt. Zwar haben sich diese Menschen erst spät zu ihrer anschwellenden nationalen Misere einer 45%igen Jugendarbeitslosigkeit bekannt, dafür nun umso kollektiver.

60

Kommentar, am 20.05.11

Die eG – die eingetragene Genossenschaft

Was ich nicht mehr nachvollziehen kann, da die EU so viele Instrumente und Unterstützung anbietet, warum die jungen Spanier nicht en masse Genossenschaften gründen;

lokal vor Ort, paketeweise, multi-problem-lösend konzipiert, vielleicht auch mit Franchise-Lizenzen inklusive.-

Für die EU gibt es nichts Besseres als in dieser historischen Situation, wo so viele ökonomische Erfordernisse und Trends zusammenlaufen, Projekte zu bündeln und eine neue eG-Welle zu begründen.

Und noch ein Wort zu Facebook und anderen communities, die sich so beliebt machen für den freien schnellen zeitidentischen (Meinungs-)Austausch.

61

Kommentar, 21.05.11

klick&ex

Vielleicht ist das Thema Sex als Thema bei der iPhone-Generation insoweit deshalb schon

abgenutzt, da man sich heute zwar per Klick ent-freunden, aber **logischerweise** dann doch **nicht ent-sexen** kann.

Nun bin ich selber ausgepowert von der Dokumentation all derjenigen Sachverhalte, die Millionen anderer schon diskutierten, richtigstellten und mit Herzblut und Hunger bezahlten, da wir in einer sich abspeckenden Zivilisation leben, die das Gebot der Kostenminimierung und das Laissez-faire des Kostensteigerns der sog. Wirtschaft über alles stellte und damit Generationen verprellte und gigantische wuchernde Krankheitswesens erzeugten.

Leider.

So wurde öffentlich vorgetragen und gemeldet, dass ein Krebstherapeut durchaus 20 Milliarden € Kosten pro Jahr aufwänden könne bei seiner Arbeit an seiner (Privat-)Patientenschaft.

Da fällt mir wegen meiner Bilanzbuchhalter-Seele und als diplomierte Betriebswirtin doch noch etwas Konstruktives ein, um den Missbrauch einzudämmen! Aber richtig.

62

Kommentar, 27.05.11

junk-ökonomie?:

Ergo: 1,0 geldsicheres Belegwesen einführen

Da zahlt man Monat für Monat Jahre lang Beiträge und bekommt nicht mal eine Salbe, wenn man einmal dann und wann eine benötigt, während andere (mit oder ohne Schreibfehler: in der Printausgabe des Der Tagesspiegel stehen auf der Titelseite des Tages 20 Mrd. Euro in den zweiten Spalte oben rechts im Artikel) – hier neidlos betrachtet - Millionen per Jahr für die Krebs therapie erhalten.
Da platzt einem bald noch mehr als der Kragen!

Vielleicht kann man Deutschland besser entlang des 10. Längengrades von Nord nach Süd teilen und die Gesundheitsfanatiker(innen) nach Osten und die Krankheitsliebhaber(innen) nach Westen schicken. Aber Spaß beiseite.

Wenn die Gesundheit oder die Reste davon so sehr aus dem Ruder laufen, und man dem kostenrechnerisch nicht mehr beikommt oder beikommen kann, sollte man das Belegwesen von Grund auf **auf eine fälschungssichere geldäquivalente Materialbasis stellen** und das Ganze – shat shat shat shatterat - durch die Scanner der Abrechnungsstellen jetten.

Insgesamt muss man festhalten, dass es nicht mehr nur die Sozialpolitik ist, die schlecht geregelt wurde und als Konstrukt ausgedient hat, da das Bildungsniveau sehr hoch ist und die Menschen kreativ kooperieren wollen.

Es liegt an dem verweigerten, explizit verweigerten gesetzlichen Mindestlohn, der unsere Gesellschaft verkommen lässt und Menschen zu Jobbern und zu Marionetten der überregulierten Steuer- und Sozialwesens macht. (Irgendwie werde ich das Gefühl nicht los, dass das die transformierte, aufgehübschte gemütlische Sozialismusidee weiterführen soll....)

Die einzigen, die noch profitieren können, sind die Sozialwirtschaftler, die maschinenintensiv und das Beratungswesen vom Sozialarbeiter bis zur Steuerberatung in extenso aufbauschend aus relativ noch mehr gebildeten, alleinstehenden und an Altersrente arm gemachten alten Menschen Münder und Bettlägige machen.

Ich selber gehöre zu den überzeugten **Minimalistinnen**, schon von Berufs wegen, die vom begehrten High-Quality-Wenig träumen, um mehr Zeit für die großen Ideen des Zeitgeistes zu haben.

63

Meine Notizen, 16.05.2011

5 Dinge

Wenn ich alles richtig verstanden habe in den vergangenen Jährchen, dann sind 5 Dinge das A+O im Leben.-

5 Dinge, mit denen man beispielsweise als Single durchaus bequem leben kann: mit **1.** einem kabellosen Multimedia-WLAN-Notebook mit Kopfhörern, **2.** mit einer aus nachwachsenden Rohstoffen gewebten Hängematte oder einer Futonliege, **3.** mit einer 3m-Küchenzeile nebst Geräten und Zubehör, **4.** mit einer 3-m Kleiderstange oder einem Wandschrank nebst Klamöttchen und einer Handbibliothek und **5.** mit einem Schlüsselbund voller Schlüsseln für die Wohnungstüren in einem Ökohaus, der V-Pay-Card, dem ÖPNV-Ticket und dem USB-Stick.

:-) :-) :-)

Wirklich viel Zeug benötigt man nur, wenn und solange man Kinder großzieht und mangels großem Monatseinkommen sparsam wirtschaften muss.-

Alles andere kann man – und dies teils besser - auch mit Anderen organisieren und teilen.-

Glossar und Abkürzungen

Stand: Juni 2011

AM(P), Arbeitsmarkt(-Politik)

Arbeitslosengeld II, Kurzform **Alg II**, wurde zum 01.01.2005 durch das Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eingeführt und löste die Sozialhilfe nach dem auslaufenden BSHG ab, da nunmehr das Arbeitslosengeld II sowohl die Arbeitslosenhilfe als auch die Sozialhilfe für Erwerbsfähige auf einem etwas höheren Regelsatz-Niveau als die frühere Sozialhilfe, die den Regelsatz durch im begründeten Bedarfsfall durch diverse Einmalleistungen ergänzte, zusammenführte.- Im Januar 2010 lag die Anzahl der Alg II-Empfänger bei 6,75 Mio.-

ARGE Im Dezember 2007 erklärte das Bundesverfassungsgericht die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch die Bundesagentur für Arbeit zusammen mit den Kommunen bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen für verfassungswidrig. Im Sommer 2010 wurde die Organisationsreform beschlossen, womit die bisherigen ARGEN in gemeinsame Einrichtungen zwischen Kommune und Agentur für Arbeit überführt und im Grundgesetz abgesichert wurden. Eine "getrennte Aufgabenwahrnehmung" wird es in Zukunft nicht mehr geben: die betroffenen Kommunen müssen sich ab 01.01.2012 für eine der beiden Jobcenter-Einrichtungen entscheiden: "gemeinsame Einrichtung" oder "Optionskommune".

Aufstocker sind gering verdienende Personen bezeichnet, deren Einkommen unter Alg2 liegt und nach §§ 11 und 30 SGB II in Verbindung mit der Alg II-Verordnung auf das Niveau der Grundsicherung für Arbeitssuchende aufgestockt wird. Aufgestockt werden kann jede Art von Einkommen.- (Vor 2005 gab es im BSHG die „ergänzende Sozialhilfe“.)

BA, Bundesagentur für Arbeit

BG, Bedarfsgemeinschaft ist eine mit der Einführung des Alg II neu erstellte Begrifflichkeit nach § 7.3 SGB II. Grundsätzlich erhält jede Einzelperson und jede Bedarfsgemeinschaft eine Bedarfsgemeinschaftsnummer zugewiesen. Es handelt sich um ein Gebilde, das dem BSHG fremd war und unterstellt, dassgemeinsam lebende Personen mit besonderen persönlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen materiell füreinander eintreten (möchten): die Beweislast wurde umgekehrt, so dass damit vom Amtsermittlungsprinzip nach § 20 SGB X abgewichen wurde.

Bedürftigkeit liegt vor, wenn betroffene Personen und/oder deren Familienangehörige ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht selber beschaffen können.- Die Voraussetzungen für Bedürftigkeit werden in diversen Gesetzen wie dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög), dem Familienrecht nach BGB und dem Sozialhilferecht bestimmt.

BGE, Bedingungsloses Grundeinkommen

BHO, Bundeshaushaltsordnung

BIEN, Basic Income Earth Network

BSHG, Bundessozialhilfegesetz (gültig von 01. Juni 1962 bis zum Außerkrafttreten am 01.01.2005); danach wurde Sozialhilfe sowohl an erwerbsfähige wie an nicht (mehr) erwerbsfähige erwachsene Personen ausgezahlt; Regelsatz nebst Einmalzahlungen bei Bedarf waren das grundlegende Konzept des Gesetzes.

BuT, Leistungen für Bildung und Teilhabe, eingeführt im Februar 2011; Anspruchsgrundlagen sind § 19.2 SGB II, § 28 SGB II oder § 34 SGB XII oder § 6b Bundeskindergeldgesetz.

BVerfGer, Bundesverfassungsgericht

eG, eingetragene Genossenschaft

Entmarktlichung oder De-Kommodifizierung ist ein von Attac genutzter Begriff, um die Entkoppelung der sozialen Leistungen vom Arbeitsmarkt einzufordern, also die Verringerung der Marktabhängigkeit von Arbeitnehmern und Sozialtransfer-Empfängern.

EVS ist eine wichtige amtliche Statistik über die Lebensverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. Sie ist eine Einkommens- und Verbrauchsstatistik, die durch Quotenstichprobe alle 5 Jahre erhoben wird und etwa 230 Positionen des allgemeinen Konsums der privaten Haushalte umfasst.

Freibetrag, Freigrenze sind grundlegende Begriffe aus dem deutschen Steuerrecht. Wird eine Freigrenze überschritten, treten die Rechtsfolgen für den Gesamtbetrag und nicht nur für den unterhalb der Freigrenze liegenden Betrag ein. Bei Überschreitung eines Freibetrags wird dagegen nur der den Freibetrag übersteigende Teil weiterberechnet.

Grundsicherung ist ein aus allgemeinen Steuermitteln finanzierter Sozialtransfer.-

Es gibt

1. die Grundsicherungsleistungen der Sozialhilfe,
also

- 1.a. Grundsicherung im Alter

- und
 - 1.b. Grundsicherung bei Erwerbsminderung

und

2. die Grundsicherung für Arbeitssuchende,

also

2.a. Alg II und

und

2.b. für dazugehörende Kinder bzw. Partner, die nicht erwerbstätig sind das Sozialgeld

Hilfebedürftigkeit nach § 9.1 SGB II

Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.

i. V. mit, in Verbindung mit

JobCenter (JC), sind diejenigen lokalen Behörden, die Leistungen nach SGB II an Leistungsberechtigte verwalten; Prinzip: Fördern und Fordern.- Nach § 6d SGB II gibt es

die JobCenter der Optionskommunen (alleinige kommunale Trägerschaft) und nach § 44 b SGB II die gemeinsamen Einrichtungen von der Bundesagentur für Arbeit und den jeweiligen kommunalen Trägern.

KdU, Kosten der Unterkunft (und Heizung) im SGB

ML, (allgemeiner gesetzlicher) Mindestlohn für Arbeitnehmer/innen

Regelsatz, Regelbedarfe sind die nach dem Sozialgesetz auf einheitlicher Basis für den Monaturnus festgelegten Auszahlungen an leistungsberechtigte Bedürftige.

Sanktionen (Statistik) 829.000 Sanktionen wurden im Jahr 2010 an Arbeitslose verhängt, was gegenüber dem Jahre 2009 einer Zunahme um 14 % entspricht.

Sanktionen für Leistungsbezieher des ALG II werden u.a. geregelt in § 31 SGB II.

Sozialgeld wird nach § 19.1.2 SGB II an hilfebedürftige Personen gezahlt, die nicht erwerbsfähig sind und mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der selbst dem Grunde nach Leistungen nach dem SGB II beanspruchen kann, in Bedarfsgemeinschaft leben (soweit sie nach § 41 SGB XII haben).

SGB, Sozialgesetzbuch Das bundesdeutsche Sozial-Kodex besteht aus 12 Büchern. Diese beinhalten im Einzelnen: SGB I Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil, SGB II Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitssuchende, SGB III Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung, SGB IV Sozialgesetzbuch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung, SGB V Sozialgesetzbuch -

Gesetzliche Krankenversicherung, SGB VI Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung, SGB VII Sozialgesetzbuch -gesetzliche Unfallversicherung, SGB VIII Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe, SGB IX Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, SGB X Sozialgesetzbuch - Verwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz, SGB XI Sozialgesetzbuch -Soziale Pflegeversicherung und SGB XII Sozialgesetzbuch -Sozialhilfe.

SGB II, Sozialgesetzbuch (SGB), Zweites Buch (II), Grundsicherung für Arbeitsuchende

U25 sind arbeitslose, erwerbsfähige junge Erwachsene, die volljährig und unter 25 Lebensjahren sind, und seit 01.4.2006 keinen Anspruch mehr auf die Übernahme der Kosten für eine eigene Wohnung haben. Nur in bestimmten schwerwiegenden Ausnahmefällen muss die ARGE oder das JobCenter einem Umzug in eine eigene Wohnung zustimmen.

Sanktionen Die Pflichtverletzungen nach § 31 SGB II werden von Sanktionen geahndet, d.h. in der Regel werden 3 Monate als Dauer für eine Sanktion erteilt.- Es gibt dabei nur zwei Ausnahmen: einmal § 31.4.3a SGB II, § 144 SGB III und weiterhin nach § 31.6.3 SGB II für U25.

Sanktionen für U25/Unter 25-Jährige Bei U25 können sukzessive **bis zu 100 Prozent** der gesamten Geldeistung gekürzt werden (ersatzweise Naturalien), wenn Sie Arbeitsangebote ablehnen. Dann auch entfällt der Sozialversicherungsschutz komplett, d.h. sie sind nicht mehr versichert, also nicht kranken-, nicht pflege- und auch nicht rentenversichert. - Nach der ersten Arbeitsverweigerung erhalten Jugendliche nur noch KdU und Heizkosten.- In der Regel werden Sanktionen für 3 Monate verhängt, nach § 31.6.3 SGB II gibt es für U25 eine Ausnahmeregelung, die die Sanktion auf 6 Wochen verkürzen kann.

Sozialgeld wird nach § 19.1.2 SGB II an hilfebedürftige Personen gezahlt, die nicht erwerbsfähig sind und mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der selbst dem Grunde nach Leistungen nach dem SGB II beanspruchen kann, in Bedarfsgemeinschaft leben soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen nach § 41 SGB XII haben).

WW, Warmwasser(kosten) werden seit dem 01.01.2011 den Unterkunftskosten (KdU und Heizung) zugeordnet; sie betragen ca. 2 % des Regelsatzes, also etwa 6 bis 8 €/Monat für einen Alleinstehenden und müssen rückwirkend bis 01.01.2011 erbracht werden, und die Umstellung der Fälle muss nach § 77.6 SGB II bis spätestens einen Monat nach Ablauf des jeweiligen Bewilligungszeitraumes erfolgt sein.

Seit dem 01.01.2011 (rückwirkend) werden die WW-Kosten – wie die Heizkosten - bei zentraler Zubereitung in tatsächlicher, aber angemessener Höhe im Rahmen der KdU nach § 22.1.1 SGB II gezahlt; bei dezentral zubereitetem WW (Boiler, Durchlauferhitzer o.ä. innerhalb der Unterkunft) wird über § 21.7 SGB II ein Mehrbedarf anerkannt.

Zuflussprinzip Von 1968 an bis zum Jahr 1999 wurde die Identitätstheorie (Zeitraumidentität, Zweckidentität) verwendet. Seit dem Jahre 1999 wurde durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die Zuflusstheorie eingeführt. - Das heißt, dass im Allgemeinen alle Beträge, die in einer Periode zu- oder abfließen auch dort verrechnet werden.- Für den Bereich des SGB II wird das Zuflussprinzip in der Alg II-V geregelt.-

Links, Literatur, Lese-Tipps

Links

www.harald-thome.de Referent für Arbeitslosen- und Sozialhilferecht
www.boell.de (Übersicht über die BGE-Modelle der Parteien)
www.grundeinkommen.de (Umfangreiche Literaturliste zum BGE (PDF), Stand April 2011)
www.basicincome.org/bien/
www.gegen-hartz.de/
www.sanktionsmoratorium.de/
www.sozialleistungen.info
www.sozialpolitik.com
www.attac-netzwerk.de/

Literatur zum Themenkomplex

Blaschke, Ronald, Otto, Adeline, Schepers, Norbert (Hrsg.):
Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten.
Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, ISBN 978-3-320-02210-5, 422 Seiten

Attac Deutschland, Umverteilen statt Kürzen -
Eine Alternative zum unsozialen Sparpaket der Bundesregierung, September 2010

Hausstein, Lutz, Empirische Analyse zur Höhe einer sozialen Mindestsicherung,
Stand 1/2010 (PDF)

Hentrich, Steffen, Gerech, solidarisch und aktivierend: Bürgergeld und vereinfachtes
SteuerSystem, FNS Für die Freiheit, Potsdam, 2009

Arbeitslosenprojekt Tu Was (Hrsg.), Leitfaden zum Arbeitslosengeld II, Der Rechtsratgeber
zum SGB II, Stand: 01. Mai 2011, 8. Auflage, Frankfurt/Main, 2011

Lese- und Recherche-Tipps

Bäcker, Gerhard, Naegele, Gerhard, Bispinck, Reinhard, Hofemann, Klaus, Neubauer, Jennifer,
"Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung"
und "Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland 2 : Gesundheit, Familie, Alter und Soziale Dienste",
Wiesbaden, 2010 (5. Auflage)

www.arbeitsagentur.de

www.destatis.de Website des Statistischen Bundesamtes

<http://dejure.org>, alle Gesetze der BRD alphabetisch sortiert online

Zum Thema Finanzwissenschaft <http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzwissenschaft>

Hessel, Stéphane, Empört Euch!, Berlin, 2011

<http://www.tagesspiegel.de/themen>

Wahlen 2011: Download aller Parteiprogramme der 5 großen Berliner Parteien

Renate Straetling

Feb 2012

Anhang

§ 9 SGB II – Hilfebedürftigkeit

- (1) Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.
- (2) Bei Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, sind auch das Einkommen und Vermögen des Partners zu berücksichtigen. Bei unverheirateten Kindern, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil in einer Bedarfsgemeinschaft leben und die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen sichern können, sind auch das Einkommen und Vermögen der Eltern oder des Elternteils und dessen in Bedarfsgemeinschaft lebender Partnerin oder lebenden Partners zu berücksichtigen. Ist in einer Bedarfsgemeinschaft nicht der gesamte Bedarf aus eigenen Kräften und Mitteln gedeckt, gilt jede Person der Bedarfsgemeinschaft im Verhältnis des eigenen Bedarfs zum Gesamtbedarf als hilfebedürftig, dabei bleiben die Bedarfe nach § 28 außer Betracht. In den Fällen des § 7 Absatz 2 Satz 3 ist Einkommen und Vermögen, soweit es die nach Satz 3 zu berücksichtigenden Bedarfe übersteigt, im Verhältnis mehrerer Leistungsberechtigter zueinander zu gleichen Teilen zu berücksichtigen.
- (3) Absatz 2 Satz 2 findet keine Anwendung auf ein Kind, das schwanger ist oder sein Kind bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres betreut.
- (4) Hilfebedürftig ist auch derjenige, dem der sofortige Verbrauch oder die sofortige Verwertung von zu berücksichtigendem Vermögen nicht möglich ist oder für den dies eine besondere Härte bedeuten würde.
- (5) Leben Hilfebedürftige in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, so wird vermutet, dass sie von ihnen Leistungen erhalten, soweit dies nach deren Einkommen und Vermögen erwartet werden kann.

§ 11 – SGB II Zu berücksichtigendes Einkommen

(1) Als Einkommen zu berücksichtigen sind Einnahmen in Geld oder Geldeswert abzüglich der nach § 11b abzusetzenden Beträge mit Ausnahme der in § 11a genannten Einnahmen. Als Einkommen zu berücksichtigen sind auch Zuflüsse aus darlehensweise gewährten Sozialleistungen, soweit sie dem Lebensunterhalt dienen. Der Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes ist als Einkommen dem jeweiligen Kind zuzurechnen. Dies gilt auch für das Kindergeld für zur Bedarfsgemeinschaft gehörende Kinder, soweit es bei dem jeweiligen Kind zur Sicherung des Lebensunterhalts, mit Ausnahme der Bedarfe nach § 28, benötigt wird.

(2) Laufende Einnahmen sind für den Monat zu berücksichtigen, in dem sie zufließen. Zu den laufenden Einnahmen zählen auch Einnahmen, die an einzelnen Tagen eines Monats aufgrund von kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnissen erzielt werden. Für laufende Einnahmen, die in größeren als monatlichen Zeitabständen zufließen, gilt Absatz 3 entsprechend.

(3) Einmalige Einnahmen sind in dem Monat, in dem sie zufließen, zu berücksichtigen. Sofern für den Monat des Zuflusses bereits Leistungen ohne Berücksichtigung der einmaligen Einnahme erbracht worden sind, werden sie im Folgemonat berücksichtigt. Entfiel der Leistungsanspruch durch die Berücksichtigung in einem Monat, ist die einmalige Einnahme auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag zu berücksichtigen.

§ 11b SGB II Absetzbeträge

....

(3) Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die erwerbstätig sind, ist von dem monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit ein weiterer Betrag abzusetzen. Dieser beläuft sich

1. für den Teil des monatlichen Einkommens, das 100 Euro übersteigt und nicht mehr als 1000 Euro beträgt, auf 20 Prozent und
2. für den Teil des monatlichen Einkommens, das 1000 Euro übersteigt und nicht mehr als 1200 Euro beträgt, auf 10 Prozent.

Anstelle des Betrages von 1200 Euro tritt für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die entweder mit mindestens einem minderjährigen Kind in Bedarfsgemeinschaft leben oder die mindestens ein minderjähriges Kind haben, ein Betrag von 1500 Euro.-

§ 21 SGB II - Mehrbedarfe

(1) Mehrbedarfe umfassen Bedarfe nach den Absätzen 2 bis 6, die nicht durch den Regelbedarf abgedeckt sind.

.....

(6) Bei Leistungsberechtigten wird ein Mehrbedarf anerkannt, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht. Der Mehrbedarf ist unabweisbar, wenn er insbesondere nicht durch die Zuwendungen Dritter sowie unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten der Leistungsberechtigten gedeckt ist und seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.

(7) Bei Leistungsberechtigten wird ein **Mehrbedarf** anerkannt, soweit **Warmwasser** durch in der Unterkunft installierte Vorrichtungen erzeugt wird (dezentrale Warmwassererzeugung) und **deshalb keine Bedarfe für zentral bereitgestelltes Warmwasser nach § 22 anerkannt werden**. Der Mehrbedarf beträgt für jede im Haushalt lebende leistungsberechtigte Person jeweils

1.

2,3 Prozent des für sie geltenden Regelbedarfs nach § 20 Absatz 2 Satz 1 oder Satz 2 Nummer 2, Absatz 3 oder 4,

2.

1,4 Prozent des für sie geltenden Regelbedarfs nach § 20 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 oder § 23 Nummer 1 bei Leistungsberechtigten im 15. Lebensjahr,

3.

1,2 Prozent des Regelbedarfs nach § 23 Nummer 1 bei Leistungsberechtigten vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres oder

4.

0,8 Prozent des Regelbedarfs nach § 23 Nummer 1 bei Leistungsberechtigten bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres,

soweit nicht im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht oder ein Teil des angemessenen Warmwasserbedarfs nach § 22 Absatz 1 anerkannt wird.

(8) Die Summe des insgesamt anerkannten Mehrbedarfs nach den Absätzen 2 bis 5 darf die Höhe des für erwerbsfähige Leistungsberechtigte maßgebenden Regelbedarfs nicht übersteigen.

Hervorhebungen durch die Autorin

§ 31 SGB II Pflichtverletzungen

(1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte verletzen ihre Pflichten, wenn sie trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis

1. sich weigern, in der Eingliederungsvereinbarung oder in dem diese ersetzenden Verwaltungsakt nach § 15 Absatz 1 Satz 6 festgelegte Pflichten zu erfüllen, insbesondere in ausreichendem Umfang Eigenbemühungen nachzuweisen,
2. sich weigern, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit nach § 16d oder eine mit einem Beschäftigungszuschuss nach § 16e geförderte Arbeit aufzunehmen, fortzuführen oder deren Anbahnung durch ihr Verhalten verhindern,
3. eine zumutbare Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit nicht antreten, abbrechen oder Anlass für den Abbruch gegeben haben.

Dies gilt nicht, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.

(2) Eine Pflichtverletzung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist auch anzunehmen, wenn

1. sie nach Vollendung des 18. Lebensjahres ihr Einkommen oder Vermögen in der Absicht vermindert haben, die Voraussetzungen für die Gewährung oder Erhöhung des Arbeitslosengeldes II herbeizuführen,
2. sie trotz Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis ihr unwirtschaftliches Verhalten fortsetzen,
3. ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht oder erloschen ist, weil die Agentur für Arbeit das Eintreten einer Sperrzeit oder das Erlöschen des Anspruchs nach den Vorschriften des Dritten Buches festgestellt hat, oder
4. sie die im Dritten Buch genannten Voraussetzungen für das Eintreten einer Sperrzeit erfüllen, die das Ruhen oder Erlöschen eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld begründen.

§ 31b SGB II Beginn und Dauer der Minderung

(1) Der Auszahlungsanspruch mindert sich mit Beginn des Kalendermonats, der auf das Wirksamwerden des Verwaltungsaktes folgt, der die Pflichtverletzung und den Umfang der Minderung der Leistung feststellt. In den Fällen des § 31 Absatz 2 Nummer 3 tritt die Minderung mit Beginn der Sperrzeit oder mit dem Erlöschen des Anspruchs nach dem Dritten Buch ein. Der Minderungszeitraum beträgt drei Monate. Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann der Träger die Minderung des Auszahlungsanspruchs in Höhe der Bedarfe nach den §§ 20 und 21 unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles auf sechs Wochen verkürzen. Die Feststellung der Minderung ist nur innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Pflichtverletzung zulässig.

(2) Während der Minderung des Auszahlungsanspruchs besteht kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Zwölften Buches.

Arbeitsmarkt Deutschland, Stand: 04. Jan 2011

Quelle: destatis.de

Veränderung zum Vorjahr in %

Registrierte Arbeitslose, Arbeitslosenquote¹ nach Gebietsstand

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ²		Neue Länder einschließlich Berlin	
	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote ¹	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote ¹	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%

¹ Arbeitslosenquote aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

² Bis 1990 Früheres Bundesgebiet und Berlin-West, ab 1991 Früheres Bundesgebiet ohne Berlin. 1950 bis 1958 ohne Saarland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

2010	3 244 470	8,6	2 231 694	7,4	1 012 775	13,4
2009	3 423 283	9,1	2 320 209	7,8	1 103 074	14,5
2008	3 267 907	8,7	2 144 651	7,2	1 123 256	14,7
2007	3 776 509	10,1	2 485 871	8,4	1 290 637	16,8
2006	4 487 305	12,0	3 007 158	10,2	1 480 146	19,2
2005	4 860 909	13,0	3 246 755	11,0	1 614 154	20,6
2004	4 381 281	11,7	2 782 759	9,4	1 598 522	20,1
2003	4 376 795	11,6	2 753 181	9,3	1 623 614	20,1
2002	4 061 345	10,8	2 498 392	8,5	1 562 953	19,2
2001	3 852 564	10,3	2 320 500	8,0	1 532 064	18,8
2000	3 889 695	10,7	2 380 987	8,4	1 508 707	18,5
1999	4 100 499	11,7	2 604 720	9,6	1 495 779	18,7
1998	4 280 630	12,3	2 751 535	10,3	1 529 095	19,2
1997	4 384 456	12,7	2 870 021	10,8	1 514 435	19,1
1996	3 965 064	11,5	2 646 442	9,9	1 318 622	16,6
1995	3 611 921	10,4	2 427 083	9,1	1 184 838	14,8
1994	3 698 057	10,6	2 426 276	9,0	1 271 781	15,7
1993	3 419 141	9,8	2 149 465	8,0	1 269 676	15,4
1992	2 978 570	8,5	1 699 273	6,4	1 279 297	14,4
1991	2 602 203	7,3	1 596 457	6,2	1 005 745	10,2
1990	-	-	1 883 147	7,2	-	-
1989	-	-	2 037 781	7,9	-	-
1988	-	-	2 241 556	8,7	-	-

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ²		Neue Länder einschließlich Berlin	
	Arbeitslose	Arbeitslosen-	Arbeitslose	Arbeitslosen-	Arbeitslose	Arbeitslosen-
	Anzahl	quote ¹ %	Anzahl	quote ¹ %	Anzahl	quote ¹ %
1987	-	-	2 228 788	8,9	-	-
1986	-	-	2 228 004	9,0	-	-
1985	-	-	2 304 014	9,3	-	-
1984	-	-	2 265 559	9,1	-	-
1983	-	-	2 258 235	9,1	-	-
1982	-	-	1 833 244	7,5	-	-
1981	-	-	1 271 574	5,5	-	-
1980	-	-	888 900	3,8	-	-
1979	-	-	876 137	3,8	-	-
1978	-	-	992 948	4,3	-	-
1977	-	-	1 029 995	4,5	-	-
1976	-	-	1 060 336	4,6	-	-
1975	-	-	1 074 217	4,7	-	-
1974	-	-	582 481	2,6	-	-
1973	-	-	273 498	1,2	-	-
1972	-	-	246 433	1,1	-	-
1971	-	-	185 072	0,8	-	-
1970	-	-	148 846	0,7	-	-
1969	-	-	178 579	0,9	-	-
1968	-	-	323 480	1,5	-	-
1967	-	-	459 489	2,1	-	-
1966	-	-	161 059	0,7	-	-
1965	-	-	147 352	0,7	-	-
1964	-	-	169 070	0,8	-	-
1963	-	-	185 646	0,8	-	-
1962	-	-	154 523	0,7	-	-
1961	-	-	180 855	0,8	-	-
1960	-	-	270 678	1,3	-	-
1959	-	-	539 942	2,6	-	-
1958	-	-	763 850	3,7	-	-
1957	-	-	753 711	3,7	-	-
1956	-	-	876 287	4,4	-	-
1955	-	-	1 073 576	5,6	-	-
1954	-	-	1 410 717	7,6	-	-
1953	-	-	1 491 000	8,4	-	-

Renate Straetling

Feb 2012

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ²		Neue Länder einschließlich Berlin	
	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote ¹	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote ¹	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1952	-	-	1 651 915	9,5	-	-
1951	-	-	1 713 887	10,4	-	-

Aktualisiert am 04. Januar 2011

Empirische Basisdaten zum Leistungsbezug in SGB II

Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld

Stichtag Zeitraum	Menschen	davon		Bedarfs- gemeinschaften	Quelle
		Kinder	Alleinstehende		
2005	4.890.000			3.300.000	[4]
Juli 2007	7.300.000			3.700.000	[4]
März 2009	7.000.000	1.900.000	1.950.000	3.600.000	[5]
August 2010	6.705.094	1.772.233	2.027.583	3.581.912	[6]

- ^a ^b [Neue Studie: Jeder Siebte hat schon Hartz IV bezogen](#) auf stern.de
- ^a ^b [statistik.arbeitsagentur.de](#) Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsberichte, März 2009
- ^a ^b [statistik.arbeitsagentur.de](#) Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht August 2010, teilweise Daten für April 2010, Punkt 6.3 und 5.4 auf den Seiten 75 und 76

http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosengeld_II (Stand: 29.5.2011)

Sanktionen gegen ALG II Empfänger nehmen zu

Nachricht zum Thema ALG II vom 20.04.2011 um 14:51 Uhr

Quelle:

<http://www.sozialleistungen.info/news/20.04.2011-sanktionen-gegen-alg-ii-empfaenger-nehmen-zu/>

Aus Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) geht hervor, dass Beziehende des ALG II immer häufiger mit Sanktionen belegt werden. Im Jahr 2010 wurden rund 829.000 Sanktionen ausgesprochen, was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2009 einer Zunahme von 102.000 (14 Prozent) entspricht.

Auch bei der Höhe der Sanktionen konnte ein Anstieg verzeichnet werden. So lag die durchschnittliche Kürzung der monatlichen Bezüge bei 123,72 Euro. Nach Auskunft einer BA-Sprecherin ist diese Entwicklung unter anderem auf eine zunehmende Professionalisierung der Jobcenter zurückzuführen. Ferner spiele die gute Konjunktur eine entscheidende Rolle, da nunmehr auch mehr freie Stellen für Langzeitarbeitslose vorhanden sind. Infolgedessen könne die Arbeitswilligkeit der Leistungsempfänger besser getestet werden.

Hauptgrund für die Sanktionen waren wie auch im Vorjahr Meldeversäumnisse der Erwerbslosen. Allein für 500.000 der ausgesprochenen Sanktionen traf dies zu. In 102.000 Fällen ging die Sanktion auf die Weigerung zurück, eine vom Jobcenter als zumutbar angesehene Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit anzutreten.-

Nebenrechnung zu den Stromkosten im Regelsatz

Die aktuelle EVS (2011) führt insgesamt 30,24 € in der Kategorie Kategorie 4 „Wohnen, Energie und Instandhaltung“ an.

Jemand, der Stromenergie verwendet und auch mit Strom kocht, kann ungefähr diese Rechnung aufmachen:

Normalerweise wird ein Verbrauch von durchschnittlichen ca. 1500 kwh pro Jahr und Einzelperson/Single vorausgesetzt.

Beispiel: Ein eher günstiger Vattenfall (Berlin)-Tarif für die Jahresperiode Jan 2011 bis Dez 2011

Grundgebühr: 59,49 € netto per Jahr (5,90 € netto per Monat)

und Preis per 1 kwh: 16,0590 Cent netto (ab 01.01.2011)

Normaler Verbrauch - 1500 kwh für einen Singlehaushalt

			1500 kwh	Vgl. 1200 kwh
Jahresverbrauch	1500 kwh	240,89 €	240,89 €	192,71 €
Grundpreis	59,49 €	59,49 €	59,49 €	59,49 €
		Summe	300,38 €	252,20 €
Stromsteuer je 2,05 Cent /kwh (netto)		Summe	30,75 €	24,60 €
		Gesamtsumme netto	331,13 €	276,80 €
Brutto gesamt		USt 19%	394,05 €	329,39 €

Vergleich:

Regelbedarf 362,88 € = 12 x 30,24 €/Monat (max.); überschreitende **Differenz 31,17 €**

Verbrauch 1200 kwh per Jahr = 12 x 27,50 € Monatspauschale (ca. **3,29 kwh je Tag**)

62,92 €/Jahr fließen an den Staat als versteuerte Stromsteuer plus Mehrwertsteuern zurück.-

Ein Jahresverbrauch von 1200 kwh garantiert keine regelmäßige Vollversorgung durch tägliches Selberkochen zuhause, zumal vielleicht 300 kwh für das Standby der Geräte wie Kühlschrank und Telefon verwendet werden müssen, so dass 900 kwh per Jahr ca. 2,47 kwh je Tag für die Selbstversorgung verbleiben.-

Zusammengestellt von der Autorin, Juni 2011

Renate Straetling

Feb 2012

Stefan Schultz, 19.11.2010

spiegel.de/wirtschaft/soziales

So viel zahlen Arbeitslose pro Monat beim Strom **drauf**

Bundesland	monatliche Stromkosten im Schnitt	Differenz zum Hartz-IV-Satz (29 Euro)
Baden-Württemberg	35 Euro	+6 Euro
Bayern	35 Euro	+6 Euro
Berlin	31 Euro	+2 Euro
Brandenburg	36 Euro	+7 Euro
Bremen	33 Euro	+4 Euro
Hamburg	31 Euro	+2 Euro
Hessen	35 Euro	+6 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	36 Euro	+7 Euro
Niedersachsen	34 Euro	+5 Euro
Nordrhein-Westfalen	34 Euro	+5 Euro
Rheinland-Pfalz	37 Euro	+8 Euro
Saarland	34 Euro	+5 Euro
Sachsen	37 Euro	+8 Euro
Sachsen-Anhalt	37 Euro	+8 Euro
Schleswig-Holstein	34 Euro	+5 Euro
Thüringen	37 Euro	+8 Euro
Bundesschnitt	35 Euro	+6 Euro

Quelle: Check24

Die Neuberechnung der Regelsätze für Kinder nach Alg II (SGB II) – Anfang 2011
 (EVS 2008, fortgeschrieben auf 2011) – (Faktische) Senkung der Regelsätze für Minderjährige!

Die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben ergibt **361,81 Euro**. Da diese Ausgaben 2008 erfasst wurden, werden sie für 2011 mit einer angenommenen Teuerungsrate fortgeschrieben und daher auf **364 Euro** aufgestockt.

Nicht zum Existenzminimum gehören neuerdings Alkohol und Zigaretten. Sie waren zuletzt noch mit etwa 14 Euro im Regelsatz berücksichtigt worden. Um den Flüssigkeitsverlust zu ersetzen, der nach Einschätzung der Ministerialbeamten durch den Verzicht auf etwa zwölf Liter Bier entsteht, werden aber 2,99 Euro im Monat für Mineralwasser im Regelsatz hinzugerechnet.

Regelsätze für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (in Klammern: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren/zwischen 15 und 18 Jahren):

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	78,67 Euro (96,55/124,02 Euro)
Bekleidung und Schuhe	31,18 Euro (33,32/37,21 Euro)
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	7,04 Euro (11,07/15,34 Euro)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	13,64 Euro (11,77/14,72 Euro)
Gesundheitspflege	6,09 Euro (4,95/6,56 Euro)
Verkehr	11,79 Euro (14,00/12,62 Euro)
Nachrichtenübermittlung	15,75 Euro (15,35/15,79 Euro)
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	35,93 Euro (41,33/31,41Euro)
Bildung	0,98 Euro (1,16/0,29 Euro)
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	1,44 Euro (3,51/4,78 Euro)
andere Waren und Dienstleistungen	9,18 Euro (7,31/10,88 Euro)

Daraus ergibt sich laut Gesetzentwurf "als Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben" (in Klammern: die Höhe des tatsächlichen Regelsatzes, wie er nun festgelegt wird):

- für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres ein Betrag von **211,69 Euro** (ausgezahlt werden **213 Euro**)
- für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ein Betrag von **240,32 Euro** (ausgezahlt werden **242 Euro**)
- für Jugendliche von Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ein Betrag von **273,62 Euro** (ausgezahlt werden **275 Euro**)

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, zitiert nach <http://www.tagesschau.de/inland/statistikhartz100.htm>

Der Regelsatz Alg II für Erwachsene/Haushaltsvorstand – Anfang 2011

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	128,46 Euro
Bekleidung, Schuhe	30,40 Euro
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung (ohne Miet- und Heizkosten*, die separat erstattet werden)	30,24** Euro
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	27,41 Euro
Gesundheitspflege	15,55 Euro
Verkehr	22,78 Euro
Nachrichtenübermittlung	31,96 Euro
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	39,96 Euro
Bildung	1,39 Euro
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	7,16 Euro
andere Waren und Dienstleistungen	26,50 Euro

Die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben ergibt **361,81 Euro**. Da diese Ausgaben 2008 erfasst wurden, werden sie für 2011 mit einer angenommenen Teuerungsrate fortgeschrieben und daher auf **364 Euro** aufgestockt.

Nicht (mehr) zum Existenzminimum gehören neuerdings Alkohol und Zigaretten. Sie waren zuletzt noch mit etwa 14 Euro im Regelsatz berücksichtigt worden. Um den Flüssigkeitsverlust zu ersetzen, der nach Einschätzung der Ministerialbeamten durch den Verzicht auf etwa zwölf Liter Bier entsteht, werden aber 2,99 Euro im Monat für Mineralwasser im Regelsatz hinzugerechnet.-

* Die Kosten für Warmwasser werden separat berechnet und erstattet; siehe § 21 Abs. 7 SGB II bzw. § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II.-

** Dieser Gesamtbetrag ergibt einen effektiven Verbrauch von max. ca. 1350 kWh/Jahr bei 0,22 € je kWh (Brutto) und einer monatlichen Grundgebühr von 5,90 €.-

Zitiert nach: www.tagesschau.de/inland/statistikhartz100.html

(Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Ergänzungen und Hervorhebungen durch die Autorin

Autorin

Die **Autorin** ist Mitte der 50er geboren und im Bundesland Hessen aufgewachsen, hat in den 70ern an der FU Berlin Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Soziologie studiert, also auch etliche Sommertage - die Wirtschaftspresse lesend - auf der WiWi- und Jur-Fak-Campus-Wiese zugebracht und Erfahrungen in etlichen Projekten der vergleichenden Sozialforschung mit Politikbezug erworben.

Schon immer parteilos, jedoch mit Sachverstand für sozioökonomische Zusammenhänge.

Inhalt

Ein spannendes Leseabenteuer, ein Polit-Thriller in kleinen, aber nachhaltigen Portionen, tagesaktuell und zornig verfasst, als Politiker/innen ihre offenbar schlecht beratenen

Vorstellungen von einer weiteren Ausgestaltung des SGB II vortragen.

Ideen, Thesen und Gedanken vorgetragen, die aus der Empörung über strukturelle Fehler der aktuellen sozialpolitischen Reformen erwachsen.

In der Hoffnung, dass die sozialpolitischen Diskussionen bald wieder sorgfältiger geführt und von jungen Menschen mit hohem Anspruch geprüft werden können, wurde dieses fetzig kompilierte Tagebuch der Community-Blog-Beiträge verfasst.

Jeder und jedem, der mit seinem jugendlichen Kind beim Abendbrot ein ernstes Wort über Lebensplauung oder gar eine prekäre Lebenslage besprechen muss, sei dieser Crash-Kurs in WiWi und Sozialpolitik wärmstens empfohlen!

Druck und Verlag: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de
2.2012 - Renate Straetling

Alle Rechte bei der Autorin